

Deutsche
Version

Making the Links:



By **Maude Barlow** and **Tony Clarke**

THE COUNCIL OF CANADIANS
LE CONSEIL DES CANADIENS



Inhalt

	Danksagung	2
	Einleitung	3
Geschrieben von Maude Barlow und Tony Clarke	Teil 1- Die Welthandelsorganisation WTO	6
Überarbeitet von Brent Patterson	Was ist die WTO?	6
Cover von Flavio Rojas	Wie funktioniert die WTO?	7
Layout Laura Sewell	Wie beeinflussen die WTO-Regeln unser Leben?	10
	Was geschah in Seattle?	13
	Was geschah in Doha?	14
	Was werden die kritischen Themen in Cancun sein?	16
Übersetzt von Carol Bergin und Katrin Zöfel, unter mithilfe von C. Strawe, K. Bausch, J. Ried, J.-M. Decressonniere und A. Kaiser	Teil 2 – Die panamerikanische Freihandelszone FTAA	19
	Was ist die FTAA?	19
	FTAA – was steckt dahinter?	20
	Wie wird die FTAA ihre Regeln rechtlich durchsetzen?	25
	Wie werden die FTAA-Regeln unser tägliches Leben beeinflussen?	27
	Was werden die kritischen Themen sein in Miami?	31
Kontakt: The Council of Canadians 502 –151 Slater Street Ottawa, Ontario K1P5H3	Teil 3 – Eine gefährliche Kombination	35
Tel: (USA) 1 800 387 7177 Fax: 0016132336776 Email: inquiries@canadians.org	Welchen Einfluss werden die WTO und die FTAA auf das Leben der Menschen 'in the Americas' und weltweit haben?	35
deutsche Kontakte: carol.bergin@t-online.de k.zoefel@gmx.de	Welche Auswirkungen könnte die Handelspolitik der WTO und der FTAA haben?	45
	Schlussfolgerung	52
	Quellen und weiterführende Literatur	56
	Über die Autoren	58

ISBN 0-9689719-5-4

Dieser Reader wurde von
Council of Canadians und
dem Polaris Institut produziert
in Zusammenarbeit mit dem
International Forum on
Globalisation

Danksagung

Für ihre Beiträge zu diesem Reader möchten wir den folgenden Personen danken: Ellen Gould, Scott Sinclair, Lori Wallach, Steven Shrybman, Vandana Shiva, Martin Khor, Shefali Sharma, Barry Coates, Sarah Larrain, Pablos Salon, Ken Traynor, Timi Gerson, Victor Menotti, Oliver Hoedeman, Aileen Kwa, Walden Bello, Mike Waghorn, Clare Joy und Ronnie Hall. Besonders danken möchten wir Alberto Villarreal für seine Kommentare und Vorschläge zu dieser Arbeit.

Einleitung

Vom 10. bis 14. September 2003 wird in Cancun, Mexiko, das 5. Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) stattfinden. Dort werden die 146 Mitgliedsstaaten der WTO ihre Verhandlungen intensivieren, um die Doha-Entwicklungsagenda abzuschließen, die beim 4. Ministertreffen der WTO in Doha, Qatar, im November 2001 lanciert wurde.

Viel hängt vom Gelingen oder Scheitern dieses Treffens ab. Sehr viel steht auf dem Spiel. Mächtige Regierungen und die dahinter stehenden Wirtschaftsunternehmen streben eine weitreichende Liberalisierung an, die sowohl Dienstleistungen, Landwirtschaft und intellektuelle Eigentumsrechte als auch ehrgeizige neue Initiativen zu Investitionen, Wettbewerbsregeln und öffentlichem Beschaffungswesen umfassen soll. Die Führenden in der WTO – die Europäische Union (EU) und die USA – haben das Ende des Jahres 2004 als die endgültige Deadline festgelegt, um diese Verhandlungsrunde abzuschließen. Der Druck in Cancun auf kleinere Länder und Regierungen, die sich weigern wollen, die Vereinbarungen zu unterschreiben, wird immens sein.

Zwei Monate nach dem WTO-Treffen in Cancun - vom 20. bis 21. November 2003 - wird das 8. Handelsministertreffen der Panamerikanischen Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas, FTAA) in Miami, Florida stattfinden. Die 34 Staaten der amerikanischen Hemisphäre (ausgenommen Kuba) werden, so hoffen sie, dort an ein weitreichendes Freihandels- und Investitionsregime letzte Hand anlegen. Dieses Abkommen wird die schon in der NAFTA (North American Free Trade Agreement, Nordamerikanische Freihandelsabkommen) realisierten Vorgaben fortführen und dramatisch erweitern. Wie die Doha-Runde der WTO soll die FTAA Ende des Jahres 2004 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet werden, um dann 2005 in den einzelnen Länder ratifiziert zu werden.

Zusammen werden diese beiden Abkommen ein globales Regime der Liberalisierung, der Privatisierung und der Deregulierung weiter festzurren und dabei den transnationalen Konzernen mehr Macht und Kontrollmöglichkeiten einräumen als je zuvor. Staatliche Regierungen werden mehr und mehr in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, ihren Bürgern öffentliche Dienstleistungen zu gewährleisten, ihre natürlichen Rohstoffe zu kontrollieren und zu schützen und soziale, Gesundheits- und Umweltstandards festzulegen - Standards, die den großen Wirtschaftsmächten zuwiderlaufen.

Für die Menschen in den Ländern der amerikanischen Hemisphäre werden sich die neuen Regeln der WTO und der neu strukturierten FTAA doppelt einschneidend auswirken. Das FTAA wird die schlimmsten Passagen der WTO-Abkommen enthalten, einschließlich eines weit gefassten Dienstleistungsabkommens, das auf dem Allgemeinen Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, GATS) fußt, und dazu die Investitionsvorschriften der NAFTA, die es Unternehmen erlauben, Regierungen vor gesetzlich verbindlichen Tribunalen zu verklagen. Die Kombination dieser beiden Machtmittel im Rahmen eines einzigen Abkommens wird den transnationalen Konzernen in diesen Ländern unübertroffene, neue Rechte einräumen. Neue Rechte, die es ihnen ermöglichen, um alle öffentlich finanzierten Dienstleistungen zu konkurrieren und diese selbst in ihrer Substanz

anzugreifen. Das wird neben der Gesundheitsversorgung, dem Bildungswesen, und der sozialen Sicherheit auch den Kultursektor und die Wasserversorgung betreffen. Dazu kommt noch die mögliche Einbeziehung des Agrarabkommens (Agreement on Agriculture, AOA) und des Abkommens zu Handelsbezogenen Intellektuellen Eigentumsrechten (Trade Related Intellectual Property Rights, TRIPS), was gravierende Auswirkungen auf ländliche, an natürlicher Vielfalt reiche Regionen Lateinamerikas haben könnte.

Beide Abkommen enthalten neue Vorschriften zu Wettbewerbspolitik, öffentlichem Beschaffungswesen, Marktzugang und Investitionen, die die Fähigkeit von Regierungen zunichte machen könnten, Gesetze, Standards und Regulierungen zu schaffen oder zu erhalten, in denen es um den Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und des Wohlergehens ihrer Bürger und ihrer Umwelt geht. In der aktuellen Konzipierung, enthält keines der beiden Abkommen irgendwelche Sicherheitsklauseln, um Arbeitnehmer, Menschenrechte, soziale Sicherheit oder Gesundheits- oder Umweltstandards zu schützen. Es ist entscheidend, dass die Völker von Nord-, Süd- und Mittelamerika von der WTO und der FTAA erfahren. Die FTAA zu verhindern, nur um von der WTO besiegt zu werden, wäre wahrhaft ein Pyrrhussieg.

Auch die Menschen in Asien, Afrika und Europa werden den Einfluss der beiden Abkommen spüren. Welche 'Fortschritte' die Verhandelnden in wichtigen regionalen Abkommen, wie der NAFTA auch immer machen, diese 'Fortschritte' werden sich bald auch in der WTO wieder finden. So waren beispielsweise die Bestimmungen aus der NAFTA zum Verhältnis zwischen Investor und Staat, die es den Investoren ermöglichen, Staaten vor Gericht zu ziehen, das Vorbild für das gescheiterte Multilaterale Investitionsabkommen (Multilateral Agreement on Investment, MAI) in der WTO. Wenn die Lobbyisten der Unternehmen diese Investitionsbestimmungen trotz des starken Widerstands in Lateinamerika in das FTAA-Abkommen integrieren können, werden sie daraus neuen Elan gewinnen für den erneuten Versuch, ein vollständiges Investitionsschutzabkommen wie das MAI innerhalb der WTO abzuschließen. Es ist also äußerst wichtig, dass die Völker anderer Kontinente über die inneren Strukturen der FTAA, dem weitreichendsten hemisphärischen Handels- und Investitionsabkommen des Planeten, Bescheid wissen.

Der politische Hintergrund, vor dem dies alles stattfindet, ist dabei zentral. Unter George W. Bush haben die USA bewusst internationales Recht und Gesetz gebrochen und sich zum einzigen Richter über Gut und Böse in der Welt erklärt. Nationalstaaten, Kulturen und Gesellschaften, die nicht der US-Interpretation einer 'freien Demokratie' entsprechen, sind von nun an per Definition potentielle Feinde der USA und ihrer Interessen. Handelsabkommen, wie die beiden jetzt verhandelten, sind eine Fortsetzung der amerikanischen Außenpolitik; jedes Land, das die grundlegenden Regeln dieser Abkommen in Frage stellt, macht sich auch in anderer Hinsicht verdächtig.

Während des letzten WTO-Ministertreffens in Qatar, das nur wenige Monate nach den Anschlägen vom 11.9.2001 stattfand, machte der **Handelsvertreter** der US-Regierung Robert Zoellick unmissverständlich klar, dass seine Regierung die Loyalität seiner Verbündeten an der Anti-Terror-Front nach ihrer Loyalität an der Handelsfront beurteilen würde. Mehr als je zuvor werden diese Wirtschaftsverhandlungen durch die Interessen der einzigen Supermacht der Welt dominiert werden.

Dazu kommt, dass die US-amerikanische Regierung höchstwahrscheinlich lange im Gedächtnis behalten wird, wer während des Irakkriegs Freund und wer Feind war. Während die eher pragmatisch denkenden amerikanischen Geschäftsleute die Handelsbeziehungen mit Ländern, die den Krieg nicht unterstützten, nicht werden stören wollen, wird die Bush-Regierung die Handelsbelange von Partnern wie Kanada, Deutschland oder Mexiko kaum allzu sehr berücksichtigen. Amerikanische Sicherheitsinteressen werden zusammen mit amerikanischen Handelsinteressen die politische Richtung dieser Verhandlungen bestimmen.

Aber es gibt Hoffnung. In vielen inhaltlichen Fragen dieser Abkommen gibt es zwischen den Ländern der Dritten und der Ersten Welt tiefe Gräben. Es ist unwahrscheinlich, dass sich ärmere Länder noch einmal so drangsalieren und schikanieren lassen werden wie in Doha.

Ein deutlicher Richtungswechsel seit Doha in der lateinamerikanischen Politik kommt dazu. In mehreren Ländern wurden linke Regierungen gewählt, die wahrscheinlich entscheidende Elemente der FTAA und der WTO ablehnen werden, zumindest wenn sie bei ihren bisherigen Äußerungen bleiben und der öffentliche Druck groß bleibt. Viele Länder in Zentral- und Südamerika steuern nun, nach den Zerstörungen durch Jahre neoliberaler Politik, einen klaren Kurs gegen eine weitere Privatisierung ihrer Ressourcen und sozialen Dienste.

Zu guter Letzt hat sich eine starke internationale und panamerikanische Bewegung für soziale Rechte formiert mit Netzwerken wie 'Our world is not for Sale', 'Third World Network', 'Focus on the Global South' und 'Hemispheric Social Alliance'. Sie analysieren die weltweiten Entwicklungen kritisch und entwerfen weit reichende Alternativen eines fairen Welthandels. Rund um die Welt beobachten verschiedene Gruppen aufmerksam, was ihre Regierungen tun; sie werden in Cancun und Miami eine starke Opposition von unten bilden und ihre Botschaft der ganzen Welt mitteilen.

Wir hoffen dieses kleine Handelshandbuch wird sie mit den Informationen ausstatten, die sie auf dem Weg nach Cancun und Miami brauchen.

Die 'unselige Dreifaltigkeit' Lateinamerikas

Für die Menschen Lateinamerikas sind die WTO und die FTAA nicht die ersten Vertreter des Neo-Liberalismus. Während der letzten 25 Jahre waren die Weltbank und der Internationale Währungsfonds die treibenden Kräfte für die Öffnung der Märkte in den meisten lateinamerikanischen Ländern. Als Bedingung für die Neuverhandlung der Schuldenrückzahlung wurden die Regierungen gezwungen, Strukturanpassungsprogramme durchzuführen, die so konzipiert waren, dass nationale Märkte für transnationale Konzerne geöffnet, die Wirtschaft wieder auf Export ausgerichtet und die Sozialausgaben stark zurückgeschraubt wurden. Die Schulden mussten dabei in ausländischen Währungen zurück bezahlt werden. Dies war auch die Zeit, zu der ein Großteil Lateinamerikas durch Militärdiktaturen regiert wurde. Mit anderen Worten: Viele dieser neoliberalen wirtschaftlichen und sozialen 'Reformen' wurden durch Militärdiktaturen erzwungen und durchgesetzt.

Die FTAA und die WTO komplettieren jetzt dieses Dreieck. Zusätzlich zur Schuldenbindung und zu Militärdiktaturen, wird der Neoliberalismus nun durch diese neuen Handelsregime noch fester in lateinamerikanischer Wirtschaftspolitik verankert. Zusammen genommen, bilden diese drei Machtpole – Schulden, Militarismus und Handel – eine schädliche, 'unselige Dreifaltigkeit' für die große Mehrheit der Lateinamerikaner. Bisher haben diese drei Kräfte unaussprechliches, menschliches Leid gebracht, vor allem für die arme Mehrheit, ganz zu schweigen von der Zerstörung der Umwelt in den letzten 25 Jahren. Diese 'unselige Dreifaltigkeit' schwebt unheilvoll über der Zukunft Lateinamerikas, und stellt eine dreifache Gefahr für die Menschen und die Umwelt dar.

Unsere Darstellung über diese beiden Handelsregime – der WTO und der FTAA – muss also in diesem Kontext aus Verschuldung und Militarismus als den dominierenden Kräften, die das heutige Leben und die Gesellschaften in Lateinamerika geprägt haben, gesehen werden.

Teil 1

Die Welthandelsorganisation WTO

Was ist die WTO?

Die Welthandelsorganisation WTO wurde 1995 gegründet, am Ende der 'Uruguay-Runde' der GATT-Verhandlungen (GATT, General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen). Die WTO hat das GATT aber nicht einfach abgelöst; stattdessen begann die WTO, diese und andere Vereinbarungen zu verschärfen, wobei ihr Status als dauerhaft eingerichtete Institution mit einem riesigen Sekretariat stark zu ihrem Erfolg beitrug. Die WTO ist heute eine **schlagkräftige** globale Handelsinstitution mit scharfen Zähnen. Sie ist für die Verwaltung und Durchführung von Dutzenden internationaler Handelsabkommen und Handelserklärungen zuständig, die inhaltlich von der Landwirtschaft bis zu intellektuellen Eigentumsrechten reichen. Die WTO regelt **außerdem** Handelsstreits, überwacht nationale Handelspolitiken und fungiert als das übergreifende Forum für globale Verhandlungen im Handelsbereich, die sogenannten 'Runden'.

Seit der Schaffung des GATT 1948, gab es acht Verhandlungsrunden, die jeweils aus einer Reihe von Treffen über mehrere Jahre hinweg bestanden, um eine im Voraus festgelegte Agenda von Themen zu diskutieren. Die ersten sechs Runden befassten sich ausschließlich mit der Reduzierung von Zöllen auf Handelsgüter. Die siebte, die 'Tokio-Runde' (1973 – 1979), fiel mit dem Aufkommen einer starken marktorientierten Ideologie in Washington und dem Aufstieg der großen transnationalen Konzerne zusammen. Die nahezu ausschließlich im industrialisierten Norden angesiedelten Konzerne wollten mehr Zugang zu nicht-regulierter Arbeit und zu neuen Absatzmärkten sowie eine bessere Versorgung mit natürlichen Ressourcen.

In die Verhandlungen wurden von nun an also auch so genannte 'non-tariff-barriers' einbezogen – das heißt alle Regeln, politischen Maßnahmen und Praktiken von Regierungen, in denen es nicht um Zölle geht, die aber trotzdem einen Einfluss auf den Handel haben können. Da 'non-tariff-barriers' fast alles bedeuten kann, was Regierungen tun, einschließlich Maßnahmen zur sozialen Sicherheit oder dem Schutz von Gesundheit und Umwelt, begannen Bürgerinitiativen, vor allem in der Dritten Welt, zum ersten Mal die GATT-Verhandlungen aufmerksamer zu beobachten.

In der Uruguay-Runde der Verhandlungen (1986-1994) wurde der Zielbereich der Verhandlungen dann noch einmal drastisch erweitert; Themen, die Landwirtschaft und Dienstleistungen betreffen, wurden Teil der Verhandlungsagenda, Bereiche, die bis dahin nicht mit dem Thema Handel assoziiert worden waren. Und während genau dieser Zeit verhandelten Kanada, die USA und Mexiko über die NAFTA, durch die viele der Themen, wie Dienstleistungen und Investitionen, zum ersten Mal aufgegriffen wurden, die später auch in die neu strukturierte WTO aufgenommen wurden.

In Genf in der Schweiz wird die WTO mit über 500 Mitarbeitern verwaltet und setzt ihre Abkommen weltweit durch. Von hier aus werden mehr als 20 verschiedene Abkommen abgewickelt - zum Teil mit der Hilfe internationaler Handelstribunale, die Streitfälle regeln. Obwohl alle Mitgliedsländer der WTO auf dem Papier gleichgestellt scheinen, haben größere

Länder in Wirklichkeit die wirtschaftliche und politische Macht und die militärische Schlagkraft, Sanktionen kleinerer Länder auszusitzen oder zu umgehen, während kleinere Länder bei allen Auseinandersetzungen im Nachteil sind.

Wie funktioniert die WTO?

Die WTO ist strukturiert wie sonst keine andere internationale Organisation: im Gegensatz zu GATT, das im Grunde schlicht ein Handelsvertrag zwischen Nationen war, ist die WTO eine juristische Person und hat die Macht und Befugnisse, ihre Regelungen durchzusetzen. Ihr internationaler Status entspricht dem der Vereinten Nationen. Im Gegensatz zu den Vereinten Nationen verfügt sie jedoch über die Machtbefugnisse und Durchsetzungsmittel einer globalen Regierung. Die Regeln der WTO sind so stark, dass sie Vorrang haben über multilaterale Umweltabkommen (Multilateral Environmental Agreements, MEAs) wie die 'Konvention über Biologische Vielfalt', über Menschenrechtsabkommen wie die 'Allgemeine Erklärungen der Menschenrechte' der Vereinten Nationen und über internationale Arbeitsschutzabkommen wie die der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO). WTO-Regeln gelten auch für Gesetze der nationalen Regierungen – auf bundes-, landes- und auf kommunaler Ebene.

Die Hebel der Macht

Gemäß der Regelungen der WTO zur Streitschlichtung können Mitgliedsstaaten, Gesetze, politische Maßnahmen und Programme von jedem anderen Land anfechten, wenn sie diese für nicht 'WTO-konform' halten. Dabei handeln die Regierungen häufig im Auftrag ihres eigenen Wirtschaftssektors. Schiedsgerichte aus nicht gewählten, also nicht demokratisch legitimierten Experten haben die Macht, über angebliche Verletzungen dieser Regelungen zu entscheiden, und können entsprechende Strafen verhängen. Das Verliererland hat drei Möglichkeiten: sein Gesetz so anzupassen, dass es den WTO-Regeln entspricht; harte, dauerhafte wirtschaftliche Sanktionen zu ertragen; oder auf Dauer Ausgleichszahlungen an das Gewinnerland zu zahlen. Da die einzige Aufgabe dieser Tribunale ist, zu beurteilen, ob die Politik eines Landes eine 'Handelshemmnis' darstellt, müssen sie andere Faktoren wie öffentliche Gesundheit, wirtschaftliche Gerechtigkeit oder demokratische Selbstbestimmung nicht berücksichtigen. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und andere nicht-kommerzielle Interessengruppen sind von diesem Prozess vollkommen ausgeschlossen.

Diese mächtigen Tribunale haben die Macht, nationale Gesetze, Politiken und Programme anderer Länder zu kippen und von diesen Ländern die Aufstellung neuer Regeln zu fordern, die den Interessen der Wirtschaft und des Welthandels dienen. Bis zum heutigen Zeitpunkt fiel die große Mehrheit der Entscheidungen vor WTO-Tribunalen zu Gunsten von Konzernen und zu Lasten der Rechte von nationalen Staaten und ihren Sozial- und Umweltstandards. Diese Entscheidungen können zwar angefochten werden, eine WTO-Regelung kann jedoch nur einstimmig von allen Mitgliedsstaaten abgeschafft werden.

Obwohl die offiziellen Entscheidungen der WTO durch Abstimmung oder im Konsens des General Councils, in dem alle 146 Mitgliedsstaaten vertreten sind, getroffen werden, wandern die wirklichen Entscheidungsprozesse immer mehr ab in das sogenannte QUAD, eine Vierergruppe aus Japan, den USA, der EU und Kanada. Das QUAD kommt mehrmals im Jahr

zusammen, und dort werden die Schlüsselentscheidungen über die Prioritäten der WTO getroffen.

Diese Treffen finden hinter verschlossenen Türen und ohne die Teilnahme weiterer Länder statt. Obwohl das QUAD nicht formell als die Exekutive der WTO strukturiert ist, kann sie doch durch ihre mächtige Position innerhalb der WTO exekutive Macht ausüben. Wenn ein kleineres Land sich gegen QUAD-Entscheidungen wehrt, kann es mit Investitionsboykotts und eingeschränktem Zugang zu Krediten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds bedroht werden.

Die wichtigsten WTO-Abkommen

Die wichtigsten Abkommen der WTO sind unter anderem:

- **Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT)**, das auf die Abschaffung aller noch vorhandenen tarifären und nichttarifären, das heißt nicht durch Zölle bedingten, Beschränkungen für die Bewegungsfreiheit von Kapital und Handelsgütern über nationalstaatliche Grenzen hinweg abzielt;
- **Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)**, das erste multilaterale, rechtlich verbindliche Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Laufende Verhandlungen haben zum Ziel, den Geltungsbereich dieses Abkommens auf alle Dienstleistungsbereiche auszudehnen, einschließlich zentraler öffentlicher Dienstleistungen, die für den Wettbewerb mit internationalen Konzernen und für weitgehende Privatisierung geöffnet werden könnten;
- **Das Abkommen über handelsbezogene Intellektuelle Eigentumsrechte (TRIPS)**, das rechtlich weltweit verbindliche Regeln für Patente, Copyrights und Marken festlegt; das den Zugang zu lebensrettenden Medikamenten einschränkt und die Patentierung von Pflanzen, Tierformen und Saatgut zulässt und damit der Biopiraterie und der Vermarktung der Biodiversität Tür und Tor öffnet.
- **Das Abkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (TRIMS)**, in dem festgelegt ist, was Regierungen erlaubt ist, um ausländische Investitionen zu regulieren;
- **Das Abkommen über die Implementierung von Sanitären und Phytosanitären Maßstäben (SPS)**, das die Handlungsmöglichkeiten der Regierungen in Bezug auf Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzenschutz, in Bezug auf Pestizideinsatz und biologische Schadstoffe bis hin zu Lebensmittelskontrollen, Produktkennzeichnung und den Umgang mit genetisch veränderten Lebensmitteln einschränkt;
- **Das Abkommen über Finanzdienstleistungen (FSA)**, das abgeschlossen wurde, um Hindernisse für die Freizügigkeit von Finanzdienstleistungsunternehmen, einschließlich Banken und Versicherungsgesellschaften, abzuschaffen. Dies öffnet den Finanzsektor für Mega-Fusionen und bedeutet den Verlust lokaler wirtschaftlicher Kontrolle.

- **Das Agrarabkommen (AoA)**, das die Regeln für den internationalen Lebensmittelhandel festlegt und die nationale Landwirtschaftspolitik stark einschränkt; dies betrifft unter anderem Schutzmaßnahmen gegen Dumping, den Schutz kleinerer Bauern, die für den lokalen Markt produzieren, Unterstützung der Regierung für Bauern und für nachhaltige Wirtschaftsweisen, die Einrichtung von Lebensmittelvorräten für Notsituationen und Maßnahmen zur Sicherstellung einer ausreichenden Lebensmittelversorgung für die Bürger;
- **Das Abkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen (ASCM)**, das eingrenzt, in welchen Bereichen Regierungen subventionieren dürfen und in welchen nicht; dabei sind allerdings viele Schlupflöcher eingebaut, die wohlhabende Staaten und die industrielle Landwirtschaft begünstigen;
- **Das Abkommen über technische Handelshindernisse (TBT)**, das abgeschlossen wurde, um nationale Regelungen (nichttarifäre Handelshindernisse), die den Handel beeinträchtigen, abzubauen und zu begrenzen, so zum Beispiel Ökolabels für biologisch produzierte Lebensmittel;
- **Das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (AGP)**, das Anschaffungen der Regierung beschränkt, einschließlich des sogenannten 'domestic content', also dem Bereich, der traditionell in jedem Fall unter nationale Zuständigkeit fällt. Could you check this again? If it's OK?

Der Einfluss der Konzerne

Die WTO ist darauf ausgerichtet, den Interessen großer Unternehmen zu dienen und die wirtschaftliche Globalisierung in einer zunehmend von transnationalen Konzernen dominierten Welt voranzutreiben. (53 der 100 größten Wirtschaftseinheiten der Welt sind Unternehmen.) Diese Unternehmen wollen auf der Grundlage einheitlich gültiger Regeln und ohne große Beeinträchtigungen grenzüberschreitend tätig sein können. Um das zu erreichen, muss den Regierungen ein Großteil ihrer Macht, Regeln und Standards festzulegen, genommen werden. So zielen die WTO-Regeln hauptsächlich darauf ab, den internationalen Handel zu deregulieren; die Abkommen der WTO enthalten einen umfassenden Katalog von Bereichen, die der Zuständigkeit der Regierungen zu entziehen sind. Es ist kaum überraschend, dass transnationale Unternehmen und ihre nationalen und internationalen Verbände von Beginn an maßgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der WTO-Struktur hatten.

In den USA haben mehr als 500 Unternehmen und Wirtschaftsvertreter einen offiziellen Status als 'security-clear'-Handelsratgeber, darunter die 'U.S. Chamber of Commerce' (US-Handelskammer), zahlreiche 'Fortune 500'-Unternehmen, der 'Business Roundtable' (BRT) sowie eine ganze Reihe von branchenbezogenen Lobbygruppen. Der BRT, der die 200 größten US-Unternehmen repräsentiert, hat gerade eine millionenschwere Kampagne gestartet, die dazu beitragen soll, die Konferenz von Cancun zum Erfolg zu führen. Der BRT handelt dabei in enger Abstimmung mit den entsprechenden Unternehmensvereinigungen aus den übrigen zum QUAD gehörenden Ländern, einschließlich Kanada.

Darüber hinaus arbeitet der Repräsentant der US-Regierung für Handelsfragen eng mit der Vereinigung der Dienstleistungsindustrie zusammen. Dieser Vereinigung gehören die Energie-, Versicherungs- und Finanz-Riesenunternehmen an, ebenso wie große

Pharmaunternehmen und Neulinge wie zum Beispiel Organisationen aus dem Gesundheitssektor. An der Zusammenstellung der Liste derjenigen Dienstleistungssektoren, deren Liberalisierung die USA im Rahmen der GATS-Verhandlungen einfordern, hat dieser Verband maßgeblich mitgewirkt.

Die mächtige US-Vereinigung der 'Pharmazeutischen Forschungseinrichtungen und Industrie' hat bei den Wahlen im November 2000 einen Betrag von 197 Millionen US-\$ als Wahlkampfhilfe für die Republikaner aufgewendet, um auf diesem Wege sicherzustellen, dass die Patent-Monopole unangetastet bleiben. Dies war der größte Betrag in der Geschichte der USA, der je seitens der Wirtschaft für einen Wahlkampf ausgegeben wurde. Hinzu kommt, dass der Botschafter Allen Johnson, der die US-Regierung in allen internationalen Verhandlungen, die den Agrarsektor betreffen, als Handelsbeauftragter vertritt, zuvor Präsident der 'National Oilseeds Processors Association' war, zu deren Mitgliedern die größten Unternehmen der Agrar-Industrie und des Biotechnologie-Sektors zählen, darunter Unternehmen wie ConAgra, Cargil, Unilever und Procter&Gamble.

In den anderen Ländern des QUAD sieht es nicht anders aus. In Japan spielt die Industrie-Lobbygruppe Keidanren eine maßgebliche Rolle. In Europa unterhält der für die WTO-Politik zuständige EU-Kommissar eine direkte Verbindung mit dem 'European Round Table of Industrialists' (ERT), der sich aus Repräsentanten der 50 größten europäischen Unternehmen zusammensetzt. Das 'European Services Forum' hat mit aller Kraft auf die Beseitigung von Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen aus dem GATS-Abkommen hingewirkt. Die EU-Generaldirektorin für Handel, Ulrike Hauer, hat den Vorstandsvorsitzenden der drei größten europäischen Wasserunternehmen - Vivendi, Suez und RWE/Thames - in einem Brief vom Mai 2002 sogar ausdrücklich für ihren Beitrag zu den Verhandlungen über den Abbau der Handelsschranken für Wasserdienstleistungen gedankt. In Kanada besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem 'Canadian Council of Chief Executives' (CCCE), der die 150 größten Unternehmen Kanadas repräsentiert, und der Regierung Jean Chretien, wenn es um das Vorantreiben der WTO-Verhandlungen und der FTAA-Verhandlungen geht.

Keines dieser Privilegien wird den nicht profitorientierten NGOs zugestanden. Ein ranghoher WTO-Funktionär drückte es der 'Financial Times' gegenüber so aus: Die WTO ist "der Ort, an dem Regierungen in heimlichem Einvernehmen und gegen all ihre Interessengruppen zu Hause handeln".

Wie beeinflussen die WTO-Regeln unser Leben?

Seit ihrer Gründung 1995 hat die WTO bedeutenden Einfluss auf das Leben der Menschen weltweit gewonnen. Auf der Basis der grundlegenden Regeln der meisten WTO-Abkommen und der WTO-Sanktionsmechanismen zwingen die großen politischen Machtblöcke und ihre Großindustrie (big business sectors – maybe a better translation?) viele Länder, ihre rechtlichen Rahmenbedingungen in wichtigen Bereichen aufzuweichen.

Soziale Sicherheit

Die Bedrohung der sozialen Sicherheit durch die WTO für alle Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten geht von den neuen Verhandlungen über Dienstleistungen, den GATS-Verhandlungen, aus. Diese Verhandlungen haben zum Ziel, weltweit die Rolle der Regierungen radikal neu zu strukturieren, indem ein großer Teil der Entscheidungskompetenzen der Regierungen auf die Zuständigkeit der WTO verlagert wird.

Das GATS bezieht sich auf alle Regierungsebenen, einschließlich der inländischen Politik und damit auf die Regulierung eines großen Spektrums an Dienstleistungen: die Gesundheitsversorgung, Krankenhäuser, häusliche Pflege, die zahnärztliche Versorgung, die **Kinder- und Jugendfürsorge** sowie das Bildungswesen von der Grundschule bis zum Studium, Museen, Bibliotheken, das Rechtswesen, die Sozialhilfe, Architektur, Energieversorgung, Wasserversorgung, Umweltschutzdienstleistungen, Tourismus, Postdienste, Verlagswesen, Rundfunk und Fernsehen, die Aufzählung ist nicht vollständig. Die zentrale Zielsetzung des GATS-Abkommens ist die fortschreitende Liberalisierung all dieser Dienstleistungen bis zu ihrer völligen Kommerzialisierung. Das bedeutet, dass all diese Bereiche, die bisher von Regierungen als grundlegende Rechte auf einer non-profit-Basis den Bürgern garantiert wurden, durch Konzerne bedient werden könnten und das nur für jene, die es sich leisten können.

Die möglichen Auswirkungen auf die soziale Sicherheit der Bürger weltweit ist enorm. Die globalen jährlichen Ausgaben für Ausbildung überschreiten 2 Billionen US\$. Gierige und mächtige transnationale Konzerne, die den WTO/GATS-Prozess benutzen wollen, um inländische öffentliche Dienstleistungssysteme aufzubrechen, haben das öffentliche Erziehungswesen, das Gesundheitswesen, die Sozialhilfe und die Wasserversorgung ins Visier genommen. Die Strategie ist, die Regierungen, die diese Dienste bereitstellen, den WTO-Regeln zu unterwerfen – denselben Regeln, die auch schon inländische Standards in den Bereichen Kultur, Umwelt und Fair-Trade zu Fall gebracht haben.

Regierungen haben grundsätzlich das Recht, bestimmte Dienstleistungen aus dem GATS-Regelwerk auszunehmen. Allerdings dürfen es nur solche Dienstleistungen sein, die keinem Wettbewerb unterliegen. Es gibt nur wenige Länder auf der Welt, die keine rechtlichen Bestimmungen bezüglich privatem Erziehungswesen, privatem Gesundheitswesen oder bezüglich privater Wasserversorgung haben. Sobald aber private Strukturen in einem Sektor etabliert sind, werden die Ausnahmen null und nichtig. In den laufenden Verhandlungen werden die Regierungen stark unter Druck gesetzt, die Art und die Anzahl der Dienstleistungen, die dem GATS unterliegen, auszuweiten und weiteren Einschränkungen ihres Regelungsrahmens zuzustimmen. Ferner gibt es Bestrebungen, das Prinzip des 'national treatment' ('Inländerbehandlung'), d.h. die obligatorische Gleichbehandlung von einheimischen und ausländischen Unternehmen, im Dienstleistungssektor zu verankern; das würde den ausländischen Unternehmen erlauben, in anderen Ländern eine Marktpräsenz zu realisieren und Anspruch auf Subventionen zu erheben, die derzeit nur einheimischen Dienstleistungsanbietern gewährt werden, die dem Nonprofit-Sektor angehören, wie etwa Schulen und Krankenhäuser.

Die massive Privatisierung, die sowohl das Ziel als auch das logische Resultat des GATS ist, würde große Teile der Gesellschaft aus der Versorgung mit grundlegenden Dienstleistungen ausschließen und hätte verheerende Auswirkungen auf die Arbeitnehmer und die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor. Die Deregulierung der Regierungsstrukturen würde Arbeitsstandards beeinträchtigen. Um in einer globalen, von der WTO regierten Welt wettbewerbsfähig zu sein, müssten einheimische Unternehmen durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Senkung der Löhne versuchen, auf gleicher Ebene mit den transnationalen Konzernen zu konkurrieren.

Ökologische Sicherheit - Umweltschutz

Zwei zentrale Prinzipien des Freihandels – 'national treatment' ('Inländerbehandlung') und 'most favorite nation' ('Meistbegünstigung') – wirken sich negativ auf die Umwelt aus, indem sie verhindern, dass Regierungen Standards festlegen, die solche Güter begünstigen, die unter ökologisch nachhaltigen Bedingungen erzeugt oder geerntet wurden. Diese WTO-Prinzipien legen fest, dass Produkte aus einem Land genau mit denselben Vorteilen wie die eines anderen Landes behandelt werden müssen; dass keine Unterscheidung vorgenommen werden darf zwischen ausländischen und einheimischen Produkten und dass Kontingentierungen oder Verbote, die aus Umweltschutzgründen erlassen wurden, als unzulässiger Protektionismus angefochten werden können. Einwände gegen Produktionsmethoden können nicht benutzt werden, um Produkte zu verbieten. Dies legalisiert eine ganze Reihe von furchtbaren und unmenschlichen, umweltbelastenden Praktiken. (Die gleichen Bestimmungen können zur Anfechtung inländischer Standards herangezogen werden, die Produkte aus Ländern verbieten, in denen die Menschenrechte verletzt werden oder unzureichende Arbeitsstandards vorherrschen.)

Das Abkommen über technische Handelsbarrieren TBT zwingt die einzelnen Länder nachzuweisen, dass ihre Umweltgesetzgebungen 'notwendig' sind und in einer den Handel geringstmöglichst beeinträchtigenden ('least trade restrictive') Weise formuliert sind. Dies bedeutet, dass die Beweislast für negative Auswirkungen bei dem jeweiligen Land liegt und dieses Land nicht das Recht hat, nach dem 'Vorsichtsprinzip' zu verfahren und im Zweifel bei der vorsichtigeren Vorgehensweise zu bleiben. Der 'least-trade-restrictive'-Test hat einen Abschreckungseffekt, der dazu führt, dass kleinere Länder es von vorne herein vermeiden, Standards, wie etwa eine Öko-Zertifizierung, überhaupt aufzustellen, und das in erster Linie aus Angst vor einer WTO-Klage.

Die WTO untergräbt auch die Fortschritte bei den multilateralen Umweltabkommen (MEAs): In diese Abkommen werden WTO-Vorrangsklauseln eingebaut, so dass im Falle eines Konfliktes die WTO-Regeln Vorrang haben. - Selbst wenn ein MEA mit der WTO kompatibel scheint, greifen zum Teil auch noch andere WTO-Regeln indirekt negativ ein. Die Regeln der 'Konvention über biologische Vielfalt' werden beispielsweise durch die WTO untergraben, weil die rechtlich bindenden WTO-Regeln die industrielle Landwirtschaft und die Patentierung des Wissens indigener Völker fördern. (Die USA haben die Konvention nicht unterschrieben, sondern beharren weiter auf den Vorrang der WTO gegenüber der Konvention. **supremacy**)

Nahrungssicherheit

Das Hauptziel des WTO-Agarabkommens (AoA) ist die Reduzierung bzw. die Eliminierung von Importzöllen sowie quantitativer Restriktionen für landwirtschaftliche Güter. Während der größte Teil der südlichen Hemisphäre und Kanada die quantitativen Restriktionen, ebenso wie Exportsubventionen und nationale Subventionen bereits beseitigt haben, pumpen die USA auf der Grundlage des 'Farm Bill' von 2001 horrenden Beträge in die amerikanische Nahrungsmittelproduktion und Europa beabsichtigt im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik die Agrarsubventionen bis 2013 fortzuführen. Dies hat zu einer Überflutung der Dritten Welt mit billigen, subventionierten Produkten aus dem Norden geführt. Subventionierte Fleischimporte haben beispielsweise zur völligen Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft und der ländlichen Kultur in Westafrika geführt.

Familienbetriebene Bauernhöfe und kleinbäuerliche Strukturen sind über die ganze Welt hinweg durch den Freihandel in der Landwirtschaft zerstört worden. Selbst im Norden ist es geradezu unmöglich, ein faires Einkommen für die Bauern zu gewährleisten, angesichts der globalen Überflutung mit billigen Importprodukten, die unter sich verschlechternden Bedingungen und mit sinkenden Standards hergestellt werden. Wenn kleine Höfe Einkommenseinbußen erleiden infolge der fluktuierenden Warenpreise am Weltmarkt, drohen sie ganz von der Bildfläche zu verschwinden. Überleben können nur die landwirtschaftlichen Großbetriebe, die Investitionszuschüsse von Mega-Unternehmen erhalten.

Die Regeln des WTO-Abkommens über die Landwirtschaft bedeuten auch, dass souveräne Nationen in die absurde Situation kommen, keine Lebensmittelvorräte vorhalten zu können für den Fall von Dürreperioden, Missernten oder Krieg. Sie sind gezwungen, alles, was sie brauchen, am offenen Markt zu kaufen. Eine sichere Lebensmittelversorgung ist somit gleichbedeutend mit der Verfügbarkeit von Geld für den Erwerb von Lebensmitteln und nicht mit der Fähigkeit eines Landes, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen. Lebensmittel werden nicht durch Bauern für lokale Konsumenten angebaut, sondern durch Unternehmen für den globalen Markt produziert.

Die WTO bildet die Grundlage für die Verbreitung der Biotechnologie sowohl in Form von genetisch manipulierten Lebensmitteln als auch in Form einer Kontrolle des Saatguts durch Life Science Corporations fällt uns noch was besseres ein? (Bio-Konzerne), die die Bauern zwingen, jedes Jahr Saatgut zu kaufen, da sie sonst gemäß der TRIPS-Regeln mit Sanktionen und Geldstrafen belegt werden können.

Das SPS-Abkommen (Abkommen über die Implementierung von Sanitären und Phytosanitären Maßstäben) der WTO beschränkt die Möglichkeiten der Regierungen, Lebensmittelsicherheitsstandards aufrecht zu erhalten. So konnten beispielsweise Kanada und die USA das SPS erfolgreich dazu nutzen, um das EU-Einfuhrverbot amerikanischen Rindfleisches, in dem schädliche, möglicherweise sogar krebserregende Hormone enthalten sind, zu kippen. Das WTO-Streitschlichtungsgremium argumentierte, dass die EU über keine 'wissenschaftliche Gewissheit' verfüge, dass die Hormone gesundheitsschädlich seien.

Was geschah in Seattle?

Seit ihrer Gründung gab es vier Ministerkonferenzen in der WTO: Singapur im Dezember 1996, Genf im Mai 1998, Seattle im Dezember 1999 und Doha im November 2001. Die meisten Menschen auf der Welt hörten von der WTO zum ersten Mal bei ihrer 'Millenniumsrunde' in Seattle (allgemein auch als die 'Battle of Seattle', die 'Schlacht von Seattle', bekannt), als die Verhandlungen scheiterten inmitten riesengroßer Straßendemonstrationen.

Die Agenda von Seattle war ehrgeizig: Landwirtschaft, Dienstleistungen, intellektuelle Eigentumsrechte, öffentliches Beschaffungswesen (Verträge), Wettbewerbsregeln, um nur ein paar der Verhandlungspunkte zu nennen. Seattle wurde als Tagungsort ausgewählt, da das Treffen (zum ersten Mal) vollständig von privater Hand finanziert werden sollte und die Stadt die Heimat von Bill Gates (Microsoft) und Phil Condit (Boeing) ist, die als Mitgastgeber ein 'who's who' der wichtigsten Sponsoren zusammenstellten. 3000 Journalisten aus aller Welt

waren vor Ort, und Präsident Bill Clinton sah das Treffen als eine Gelegenheit, die wirtschaftliche Stärke Amerikas zu demonstrieren. Der amerikanische Handelsbeauftragte, Charlene Barshefsky und der stellvertretende Leiter des Treffens, der WTO-Direktor Michael Moore, führten das Treffen mit eiserner Hand.

Drei Faktoren waren für das Scheitern dieser Ministerkonferenz verantwortlich. Der erste war die starke globale Koalition von einflussreichen Gewerkschaften, Umwelt-, Menschenrechts-, Bauern- und Verbraucherschutzorganisationen, Gruppen, die sich für kulturelle Diversität einsetzen, NGOs von Ureinwohnern und aus den sozialen Bewegungen, die vor und während des Treffens zusammenkamen und enormen Druck auf ihre Regierungen ausübten, eine neue Verhandlungsrunde nicht zu unterstützen. Die berühmten Straßenschlachten, die dieses Treffen begleiteten, verhinderten dazu noch beinahe völlig, dass ernsthafte Verhandlungen überhaupt stattfinden konnten.

Der zweite Faktor war der erbitterte Streit zwischen den USA und der Europäischen Union über das Thema Nahrungssicherheit. Die Europäische Union blieb unnachgiebig bei ihrer Weigerung, das Recht auf die Kontrolle und das Verbot von genetisch veränderten Lebensmitteln oder unter Hormoneinsatz produziertem Fleisch, das ihrer Ansicht nach gefährlich für die Gesundheit europäischer Bürger war, aufzugeben. Die USA (und einige andere Länder, darunter auch Kanada) waren ebenso unnachgiebig in dem Vorsatz, die WTO-Verhandlungen zu nutzen, um das nationale Recht zum Verbot solcher Importe zu kippen.

Schließlich verbündeten sich die Delegierten der Dritten Welt, die beinahe einhellig der Meinung waren, dass die WTO die bisher dem Süden gegebenen Versprechen nicht eingelöst hatte, in einer bis dahin nicht vorgekommenen Solidarität gegen die Macht des QUAD und seiner Agenda der 'neuen Themen'. - Bei jedem Ministertreffen wird eine Erklärung als Arbeitsgrundlage vorgelegt, an der alle Mitgliedsnationen monatelang davor mitgearbeitet haben und die dann die Basis für die weiteren Verhandlungen bildet. In Seattle war der 80 Seiten lange Text von Anfang an stark umstritten und gespickt mit sehr weichen, vorsichtigen Formulierungen, so dass der fehlende Konsens schon beim Eintritt in die Verhandlungen deutlich wurde. Trotz massiven Drucks von Seiten der USA und anderer QUAD-Länder blieben die Delegierten der Entwicklungsländer hart. Die Millenniumsrunde endete in einem Desaster.

Was geschah in Doha?

Die QUAD-Länder und die Mächtigen in der WTO beschlossen, so etwas würde nie wieder passieren. Für ihr nächstes Ministertreffen, die sogenannte 'Entwicklungsrunde', wählten sie den ölreichen Golfstaat Qatar. In Qatar ist freie Meinungsäußerung verboten, so dass jede sichtbare Demonstration von Opposition durch die Zivilgesellschaft unmöglich war. Zudem arbeiteten Europa und die USA hinter den Kulissen im Vorfeld fieberhaft daran, Einigkeit oder zumindest einen Anschein davon in punkto Nahrungssicherheit zu erzielen.

Am wichtigsten war allerdings die Entscheidung der WTO-Mächtigen, keinen weiteren Text voller Einschränkungen und weicher Formulierungen vorzulegen, über den sich Nord und Süd zwangsläufig streiten würden. Stattdessen, legte das WTO-Sekretariat bei der Eröffnung des

Treffens eigenmächtig eine kurze Erklärung vor, in der die QUAD-Agenda favorisiert wurde, der zufolge eine ganze Anzahl 'neuer Themen' aggressiv vorangetrieben werden sollten, statt der Agenda des Südens entsprechend Entwicklungsversprechen der Vergangenheit zunächst einmal einzulösen. Die Länder der Dritten Welt waren übertrumpft worden, bevor sie überhaupt mit den Verhandlungen begonnen hatten und waren dementsprechend aufgebracht.

Doch das politische Klima arbeitete ebenso stark wie diese Tricks gegen eine geeinigte Front des Südens. Die Verhandlungen in Doha fanden nur zwei Monate nach den Terroranschlägen auf die USA statt und die USA verknüpften offen den Kampf gegen den Terrorismus mit einer neuen Runde von Verhandlungen zum Welthandel und einer ehrgeizigen Agenda neuer Themen, die im Interesse von US-Konzernen lagen. In dieser spannungsgeladenen politischen Atmosphäre, wurde es für alle Länder sehr schwierig, sich den USA zu widersetzen, die enormen Druck auf kleinere Länder ausübten, einer neuen Runde zuzustimmen.

Sechs sogenannte 'Freunde des Vorsitzenden' – Handelsminister aus Ländern, die eine neue Runde unterstützten – wurden zu widerspenstigen Delegierten der Dritten Welt ausgeschiedt, um für die strittigen Themen wie Investitionen und Marktzugang zu werben. In intensiven, nächtlichen Sitzungen hinter verschlossenen Türen und durch Anrufe in ihren Hauptstädten, nutzten die QUAD-Länder die Schwäche der armen Länder aus. In letzter Minute (und mit einem Tag Verspätung) wurde ein Text entworfen, der die gesamte Agenda der QUAD-Gruppe enthielt, und die übermüdeten Delegierten der Dritten Welt stimmten zu.

Das Doha-Programm ist eine ehrgeizige Agenda, die mindestens 19 multilaterale Verhandlungen betrifft. Es soll erhöhter Druck auf die schon verhandelten Bereiche wie Landwirtschaft und Dienstleistungen ausgeübt werden und neuerlicher Druck auf die Länder der Dritten Welt, auch noch die letzten ihrer Industrien für ausländische Übernahmen zu öffnen. Dazu kommen klare Vorgaben, wie an die sogenannten 'neuen Themen' – Investition, öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbspolitik – herangegangen werden soll. Schließlich legte die EU am letzten Tag noch einen Vorschlag vor, tarifäre und nichttarifäre Handelshindernisse im Bereich von Umweltdienstleistungen, wie zum Beispiel der Wasserversorgung, abzubauen. Den übermüdeten Unterhändler fiel das nicht einmal mehr auf.

In einer von einem breiten Bündnis getragenen 'gemeinsamen Erklärung' lehnte die Zivilgesellschaft den Doha-Prozess und dessen Ergebnisse insgesamt als illegitim, undemokratisch und als ein Desaster für die Entwicklung ab und verpflichtete sich, seine Fortführung in Cancun zu verhindern.

Was werden die kritischen Themen in Cancun sein?

In den Monaten seit Doha hat das Sekretariat der WTO fieberhaft daran gearbeitet, die Verhandlungen an all diesen Fronten weiter zu bringen, so dass möglichst viele dieser Abmachungen noch vor der 5. Ministerkonferenz festgeschrieben werden könnten. Obwohl Dr. Supachi Panitchpakdi, ein Wirtschaftswissenschaftler aus Thailand als neuer Generaldirektor der erste Vertreter aus dem Süden auf diesem Posten ist, wird von ihm erwartet werden, dass er die Entwicklungsländer ausliefern wird, sobald die Delegierten in der mexikanischen Touristenstadt Cancún ankommen.

Die Frontlinien sind gezogen. Im Trade Negotiations Committee (TNC) einer neuen mächtigen Institution der WTO, die das Doha-Arbeitsprogramm im Vorfeld von Cancun koordiniert, finden intensive Vorverhandlungen statt. Dort haben die Dritte-Welt-Länder ihre starke Opposition gegen die Einführung der 'neuen Themen' der QUAD-Länder deutlich gemacht, solange das Versprechen, die Entwicklungsthemen zu behandeln, nicht eingelöst wird. Die Dritte-Welt-Länder haben einen Katalog aus 85 Maßnahmen 'zur speziellen und differenzierten Behandlung' vorgelegt, die ihrem schwächeren Status gerecht werden, und haben eine Liste an Dingen aufgestellt, die vor dem Treffen in Cancun geklärt werden müssen. Diese Forderungen sind für ihre Position in Cancun zentral. Es scheint eine Neuauflage der Einigkeit und Zielgerichtetheit zu geben, die diese Ländergruppe in Seattle auszeichneten.

Die QUAD-Länder auf der anderen Seite bestehen auf dem sogenannten 'single undertaking' (etwa: 'Verhandlungen im Paket'), was bedeutet, dass alle Themen zusammen verhandelt werden müssen, die Themen um Entwicklung also nur verhandelt werden, wenn auch die Themen, die im Süden auf starken Widerstand stoßen, ebenso einbezogen werden, wie zum Beispiel die Regelungen zu Investitionen.

Es wird mehrere große Streitthemen geben:

Dienstleistungen

Die GATS-Verhandlungen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Jede Regierung hat ihre Forderungen an andere Länder abgegeben und die Forderungen dieser Länder erhalten. Bis zum 31. März 2003 haben einige Länder ihre 'Anfangsforderungen' abgegeben. Seitdem läuft der harte Teil der Verhandlungen. Während über die Forderungen der meisten Länder wenig bekannt ist, sickerte der gesamte Forderungskatalog der Europäischen Union in die Zivilgesellschaft durch und wurde ins Internet gestellt. Die europäischen Forderungen sind in der Tat ehrgeizig. Die Europäische Union fordert von vielen Ländern, ihre Wasser- und Energieversorgung, ihr Transport- und Postwesen, den Tourismus, Hörfunk und Fernsehen, kommunale und finanzielle Dienstleistungen und das Verlagswesen als Disziplinen, die in der WTO verhandelt werden sollen, anzubieten. Die EU will, dass Regeln und Gesetze im Dienstleistungsbereich durchweg abgeschafft werden. Besonders Entwicklungsländer werden angesprochen, die ohnehin schon sehr verletzlich gegenüber den Konzernen des Nordens sind.

Landwirtschaft

Landwirtschaft könnte die Verhandlungen zum Scheitern bringen. Länder, die in ihrer wirtschaftlichen Struktur und ihren Lebensmittelproduktionssystemen völlig unterschiedlich sind, sollen innerhalb von Monaten bindende Vereinbarungen finden. Viele Länder der Dritten Welt fordern Schutz vor den starken Schwankungen der Weltmarktpreise für die für ihre ‚nationale Nahrungssicherheit‘ wichtigen Pflanzen, außerdem Programme zur ländlichen Entwicklung, und zu all dem versuchen sie, die EU und die USA dazu zu bringen, dass sie die starke Subventionierung ihrer Lebensmittelexporte aufgeben. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass der Süden auch nur in einem dieser Punkte Erfolg haben wird. Europa macht keine Anstalten, die hohen Subventionen für seine Lebensmittelexporte zu reduzieren, und die EU und die USA streiten sich wieder ganz offen über gentechnisch veränderte Lebensmittel, nachdem sie den Willen mit einer einheitlichen Position aufzutreten - zum Teil als Folge des Irakkriegs - wieder aufgegeben haben. Im Mai 2003 haben die USA gegen das EU-Moratorium auf den Import von gentechnisch veränderten Lebensmitteln sogar eine Klage bei der WTO eingereicht. Bei dem Treffen in Cancun könnte es also wieder einmal nur um die Erweiterung des Marktzugangs auf südliche Märkte für den Norden gehen.

TRIPS

In Doha gab es viel Aufsehen um eine ‚neue‘ Vereinbarung namens ‚TRIPS and Health Declaration‘ (Erklärung zu TRIPS und Gesundheit), in der klargestellt wurde, dass durch das TRIPS-Abkommen kein Mitgliedsland davon abgehalten werden sollte, ihre eigenen Generika zu verwenden, statt der teuren, ausländischen Markenprodukte, wenn es darum ginge, die öffentliche Gesundheit zu schützen (zum Beispiel vor epidemischen Krankheiten wie AIDS). Außerdem wurde ein Komitee eingesetzt, in dem eine Vereinbarung gefunden werden sollte, wie arme Länder, die keine eigenen Produktionskapazitäten für Generika besitzen, diese aus anderen Ländern importieren können sollten. Eine Einigung sollte bis Ende 2002 gefunden werden. Die großen US-amerikanischen pharmazeutischen Markenhersteller widersetzen sich diesen Entwicklungen energisch und haben die amerikanischen Handelsdeligierten unter starken Druck gesetzt, sowohl die Anzahl und die Arten von Krankheiten, die als Krise der öffentlichen Gesundheit angesehen werden können, zu begrenzen, als auch die Bedingungen einzuschränken, unter denen Länder Generika importieren können. Während der Kongresswahlen im November 2002 unterstützte die Industrielobby republikanische Kandidaten für ihre Wiederwahl, um sicherzustellen, dass die USA unnachgiebig bleiben würden gegenüber jeder Aufweichung der TRIPS-Bestimmungen.

Teil der Kernforderungen der QUAD-Länder ist auch die Wiederbelebung des gescheiterten Multilateralen Investitionsschutzabkommens (MAI), das angesichts massiven Widerstands aus der Zivilgesellschaft aufgegeben worden war. Mächtige Konzerne und Investoren wollen einen verbindlichen, weltweiten Schutz für ausländische Direktinvestitionen und streben WTO-Regelungen an, die nationale Regierungen in ihrem Recht, an Auslandsinvestitionen irgendwelche Bedingungen zu knüpfen drastisch einschränken sollen. Schon mehrmals zuvor haben Entwicklungsländer Vorschläge für Investorenrechte zurückgewiesen, weil sie diese als neokolonialistisch empfanden. Wie viele NGOs rund um die Welt befürchten sie, dass das, was die großen Länder wirklich wollen, ein Investitionsabkommen ähnlich der NAFTA ist, wodurch Konzerne das Recht erhalten würden, nationale Regierungen vor Gericht zu verklagen. Die Europäische Union weist solche Befürchtungen zurück und verspricht, dass das Recht, solche Konflikte zu lösen, auf nationaler Ebene verbleiben würde. Die

Internationale Handelskammer (ICC) allerdings, die auch das ursprüngliche MAI entworfen hatte, veröffentlichte kürzlich einen Bericht, in dem ein neues vollständiges MAI gefordert wurde, durch das auch entsprechende Rechte von Investoren gegenüber von Staaten geregelt werden sollten.

Andere Bereiche

Weitere 'neue Themen' sind die Bereiche öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbsregeln. Würde der Bereich 'öffentliches Beschaffungswesen' Eingang in die WTO finden, würden Regierungen zukünftig zum Beispiel daran gehindert, die Entwicklung ihrer Wirtschaft zu fördern, etwa durch die Förderung lokaler oder nationaler Produzenten, durch die Festlegung von Mindeststandards für den Anteil inländischer Produktion in einem bestimmten Bereich, oder die Anwendung von Gesetzen zu Investitionen für das Gemeinwohl.

Wettbewerbsregeln würde das Recht nationaler Regierungen abschaffen, nationale Monopole zu schützen. Das eigentliche Ziel ist es, transnationalen Konzernen Zugang zu Binnenmärkten zu verschaffen, die heute noch in der Hand lokaler Unternehmen sind. Zusammen genommen werden diese Vorschriften die Kontrolle von Regierungen über die natürlichen Ressourcen und die Wirtschaftspolitik Stück für Stück demontieren und den transnationalen Konzernen neue, weitreichende Macht verleihen.

Teil 2

Die panamerikanische Freihandelszone FTAA

Was ist die FTAA?

Im Gegensatz zur WTO ist die Panamerikanische Freihandelszone (FTAA) eine Institution, die noch im Aufbau ist. So wie sie jetzt verhandelt wird, wird die neue FTAA eine weitgespannte Freihandelszone sein, die sich über 34 Länder in Nord-, Mittel- und Südamerika und in der Karibik erstrecken wird, ausgenommen Kuba. Angepriesen als die größte Freihandelszone der Welt, wird die FTAA eine Bevölkerung von 800 Millionen Menschen und einem Bruttosozialprodukt von 11 Billionen US-\$ umfassen. Wie die im Moment laufende Verhandlungsrunde der WTO sollen die FTAA-Verhandlungen bis Januar 2005 abgeschlossen werden.

Die FTAA entstand auf dem ersten panamerikanischen Gipfeltreffen, das vom 9. bis 11. Dezember 1994 in Miami, Florida, stattfand. Der von US-Präsident Bill Clinton einberufene Gipfel traf zusammen mit dem Beginn der ersten Freihandelsabkommen der 1990er: dem offiziellen Start der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA zwischen Kanada, Mexiko und den USA im Januar 1994 und dem Aufbau der Welthandelsorganisation WTO, die das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT ablösen sollte, der am 1. Januar 1995 begonnen wurde. Die FTAA sollte den Traum des ehemaligen US-Präsidenten George Bush einer Freihandelszone verwirklichen, die die Volkswirtschaften der ganzen amerikanischen Hemisphäre, von Anchorage in Alaska bis Tierra del Fuego in Chile verbinden sollte. Auf dem Gipfel in Miami wurde auch die Hoffnung ausgedrückt auf größere soziale und politische Integration aller Länder der amerikanischen Welt und dazu auf eine Stärkung von Demokratie und nachhaltiger Entwicklung.

Die Euphorie, die den Beginn der FTAA-Verhandlungen kennzeichnete, war nur von kurzer Dauer. Die stillschweigend vorausgesetzte Annahme war, dass die FTAA durch die Handelsliberalisierung einen Wirtschaftsboom auslösen würde. Aber schon kurz nach dem Gipfel in Miami, brach die 'Peso-Krise' in Mexiko aus. Die großen Kapitalzuflüsse, die die Umsetzung der NAFTA 1994 begleitet hatten, wurden plötzlich wieder abgezogen: ausländische Spekulanten zogen ihre Kapitalinvestitionen zurück, wodurch sie die mexikanische Wirtschaft weiter destabilisierten. 1995 erlebte Mexiko seinen größten wirtschaftlichen Einbruch seit der Großen Depression der 1930er Jahre und zog dabei andere lateinamerikanische Länder mit sich.

Das Ergebnis war, dass die FTAA-Verhandlungen auf Eis gelegt wurden, bis die mexikanische Peso-Krise nachließ und die Erinnerungen daran langsam verblassten. Die offiziellen Verhandlungen wurden sogar erst wieder beim 2. Panamerikanischen Gipfel in Santiago, Chile, aufgenommen, also im April 1998. Zu diesem Zeitpunkt war auch klar geworden, dass das eigentliche Vorhaben des Gipfels war, eine Zone des Freihandels mit einheitlichen freiem Markt zu schaffen, die sich über beide amerikanischen Kontinente erstrecken sollte. Dabei sollten die Erfahrungen mit der NAFTA als Vorbild dienen. Die anderen hochtrabenden sozialen Ziele und Prinzipien, von denen in Miami gesprochen worden war, sollten dem Hauptziel bei der Schaffung der FTAA untergeordnet werden.

Die NAFTA sollte zwar als Leitlinie für die FTAA-Verhandlungen dienen, sie ist aber nicht das einzige Handelsabkommen im amerikanischen Raum. Unter den anderen Handelsverträgen ist Mercosur der prominenteste – ein gemeinsamer Markt der zentralen Länder Südamerikas, mit Brasilien als der größten Volkswirtschaft der Region im Zentrum, dazu Argentinien, Paraguay und Uruguay. Daneben gibt es den 'Andean Pact', das 'Caricom-Abkommen' zwischen den karibischen Staaten und mehrere bilaterale Investitionsabkommen, namentlich solche zwischen den USA und Ländern wie Chile, die zusammengenommen die internationalen Handelsbeziehungen in diesem Raum sehr kompliziert werden lassen.

Wenn überhaupt kommt die größte Konkurrenz für die NAFTA von Mercosur. Obwohl sich beide Abkommen in vielen Details unterscheiden, zeigen sie doch einige grundlegenden Gemeinsamkeiten. Im Gegensatz zur NAFTA, wurde Mercosur geschaffen, um einen gemeinsamen Markt zu schaffen, in dem einheitliche Arbeitsstandards und Sozialprogramme für entlassene Arbeiter gelten sollten. NAFTA und Mercosur ähneln sich jedoch, wenn es um den Umgang mit ausländischen Investitionen geht. In beiden sind Maßnahmen zur Deregulierung ausländischer Investitionen enthalten, durch die ausländischen Konzernen die Gleichstellung mit inländischen Unternehmen zugesichert wird und Regierungen untersagt wird, an die Aktivitäten dieser Konzerne bestimmte Leistungsanforderungen zu stellen. Im Ergebnis schränken die Vereinbarungen von Mercosur und der NAFTA ein, was Regierungen unternehmen können, um sicher zu stellen, dass ausländische Investitionen ihre lokalen Volkswirtschaften fördern, indem Unternehmen und Arbeitnehmer vor Ort unterstützt würden.

Obwohl sich die Konkurrenz zwischen der NAFTA (dominiert durch die USA) und Mercosur (dominiert durch Brasilien) auch in den FTAA-Verhandlungen niederschlägt, gibt es kaum Zweifel daran, dass sich das NAFTA-Modell durchsetzen wird. Inzwischen kommt der Druck, der diese Verhandlungen vorantreibt, vor allem von außen, zuallererst von der Europäischen Union. In den letzten Jahren haben die Europäer ihre Präsenz in Lateinamerika verstärkt und dadurch die USA herausgefordert, ihre Rolle in der Region wieder deutlich zu machen. Die EU hat bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit Ländern wie Chile, Mexiko und Brasilien abgeschlossen, während europäische Konzerne gleichzeitig ihre Investitionen in Sektoren wie Bankwesen, Automobilindustrie, Konsumgütern und Telekommunikation erhöht haben. Um diese Trends zu bekämpfen, müssen die USA die Verhandlungen für die FTAA abschließen, die sicher stellen wird, dass die Dominanz der US-amerikanischen Konzerne in der Region erhalten wird.

FTAA – was steckt dahinter?

Man erwartet, dass die FTAA letzten Endes wohl das umfassendste Handels- und Investitionsabkommen weltweit werden wird. Die FTAA soll eine aggressive Erweiterung der NAFTA werden. Zum einen wird sie das NAFTA-Abkommen auf alle Länder des amerikanischen Kontinents (außer Kuba) erweitern. Zum anderen wird sie neue, scharfe Regeln der WTO enthalten, so dass die Reichweite der FTAA in andere, neue Bereiche ausgedehnt wird. Wir werden sehen, wie tiefgreifend und schädlich diese neue Kombination aus Regeln sein wird in ihren Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen. – Eine Kombination aus neuen Regeln über den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und dem Schutz intellektueller Eigentumsrechte, neuen Regeln, die die Rechte transnationaler Konzerne schützen sollen, und dazu einem Mechanismus zur

Streitschlichtung, der es Konzernen ermöglicht, Regierungen zu verklagen wegen angeblicher Verletzungen dieser Regeln. Die FTAA ist kurz gesagt eine NAFTA, die mit Steroidhormonen behandelt wurde.

Beim Gipfel in Miami 1994, wurde ursprünglich ein Erklärung verabschiedet, in der eine Reihe von 'Zielen und Prinzipien' aufgestellt wurde, die die Grundlage für die FTAA-Verhandlungen bilden sollten. Nachdem 'Tequila-Effekt' der mexikanischen Peso-Krise nachließ, wurden 1998 auf dem Gipfel in Santiago neun Verhandlungskomitees gebildet. Jedes dieser Komitees hatte ein Mandat, in dem sich die Ziele und Prinzipien der FTAA widerspiegelten. Obwohl diese Verhandlungskomitees hinter verschlossenen Türen arbeiteten, forderten zivilgesellschaftliche Organisationen aus 34 Ländern gemeinsam die Offenlegung der Vertragsentwürfe für die FTAA. Schließlich wurde auf dem Gipfel in Quebec im Sommer 2001 beschlossen, eine Version der Entwurfstexte in 4 Sprachen zu veröffentlichen – Französisch, Spanisch, Portugiesisch und Englisch.

Die folgende Tabelle listet die zentralen Teile und Vorschriften der FTAA auf, die bis jetzt schon Form angenommen haben. Sie basiert auf der Arbeit von acht der neun Verhandlungskomitees (Die Ergebnisse des neunten Komitees beschäftigen sich mit den Streitschlichtungsmechanismen, die im Kapitel 'Wie wird die FTAA ihre Regeln rechtlich durchsetzen?' behandelt werden.) Die Informationen dieser Tabelle basieren auf den Texten, die im Juni 2002 veröffentlicht und analysiert wurden.

Verhandlungskomitee	Mandat und Zielrichtung der Verhandlungen	Vorgeschlagene Regeln und Disziplinen der FTAA
Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Das Mandat schließt die fortlaufende Abschaffung von Agrarzöllen, nichttarifären Handelshindernissen und Exportsubventionen ein; außerdem Maßnahmen die sicherstellen sollen, dass Programme für die Nahrungssicherheit nicht versteckte Handelshindernisse darstellen Die Landwirtschaft wird nur aus der Handlungsperspektive betrachtet; soziale Funktionen (d.h. Hungerbekämpfung, Nahrungsmittelversorgung, Schutz von Landarbeitern, etc.) werden nicht mit einbezogen. 	<p>Die vorgeschlagenen FTAA-Regeln für 'Landwirtschaft' gleichen denen der WTO, gehen in manchen Fällen aber noch weiter:</p> <ul style="list-style-type: none"> Nationale Programme zur Sicherung der Nahrungssicherheit können als Handelshemmnisse eingestuft werden, die entfernt werden müssen; Die Notwendigkeit von Landreformen wird nicht anerkannt und geschützt; Erhebliche Reduzierung der Subventionen für Agrarexporte sind vorgesehen; Abbau von tarifären und nichttarifären Importbarrieren für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel Regeln für Nahrungsmittelhilfeprogramme, die die Nichtverwendung von gentechnisch veränderten Produkten sind nicht enthalten.
Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> 'Umfassende Abdeckung aller Dienstleistungssektoren': Bankwesen, Versicherung, Telekommunikation, und Tourismus, über Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wasser, Postwesen, Gefängnis und Bibliotheken bis hin zu Sozialhilfesystemen; Die Entwicklung eines Rahmenwerks 'mit grundlegenden Rechten und Pflichten in Dienstleistungen' die ausländischen Konzernen den Zugang zu Dienstleistungsmärkten, einschließlich der öffentlichen Dienstleistungen ermöglichen. 	<p>Die vorgeschlagenen Regeln für 'Dienstleistungen' sind den GATS-Regeln der WTO ähnlich, gehen aber zum Teil noch weiter:</p> <ul style="list-style-type: none"> Allen ausländischen Dienstleistungsunternehmen aus FTAA-Ländern muss Marktzugang und 'national treatment', ('Inländerbehandlung) d.h. die Gleichbehandlung mit inländischen Anbietern, sowie die Behandlung als 'most favored nation' gewährleistet werden. Öffentliche Dienstleistungen können nicht ausgenommen werden, wenn sie zum Teil schon kommerziell oder in Konkurrenz mit privaten Anbietern angeboten werden. Beschränkungen für die Gründung privater Dienstleistungsunternehmen (z.B. im Bereich Gesundheit, Bildung, Wasser) wären verboten; Kleinere Volkswirtschaften könnten Ausnahmen von diesen Regeln beantragen (noch in Verhandlung)
Marktzugang	<ul style="list-style-type: none"> Das offizielle Ziel ist die Etablierung von Regeln zur fortschreitenden Abschaffung von Zöllen, nichttarifären Handelshemmnissen und anderen Maßnahmen, die den Handel mit Waren und Dienstleistungen einschränken. Das dabei zugrunde liegende Ziel ist die Einschränkung des souveränen Rechts von Regierungen ihre nationale Entwicklungspolitik durch öffentliche Instrumente durchzuführen. Ausländischen Investoren soll der Zugang zu jedem gewünschten Markt ermöglicht werden, ohne sich an nationale Entwicklungsprioritäten zu halten. 	<p>Die vorgeschlagenen FTAA-Regeln zum 'Marktzugang' würden bedeuten:</p> <ul style="list-style-type: none"> dass alle Mitgliedsländer alle Importzölle in spätestens 10 Jahren abschaffen müssen, auch entgegen eventueller nationaler Notwendigkeiten; dass die Rechte von Regierungen, Exporte zu begrenzen, beschnitten werden, auch bei Engpässen oder in Katastrophenfällen; dass Exportzölle, die den Verkauf von natürlichen Ressourcen zu Preisen unterhalb der Produktionskosten hemmen sollen, verboten sein werden; dass es ausländischen profitorientierten Konzerne möglich sein soll, 'Dienstleistungs-Monopole' von Regierungen anzugreifen indem sie 'national treatment', ('Inländerbehandlung') d.h. die Gleichbehandlung mit den nationalen privaten oder öffentlichen Anbietern einfordern können; dass Regeln (z.B. Umweltschutzstandards), die 'den Handel mehr als nötig einschränken', verboten sein werden.

Verhandlungskomitee	Mandat und Zielrichtung der Verhandlungen	Vorgeschlagene Regeln und Disziplinen der FTAA
Investitionen	<ul style="list-style-type: none"> • Erklärtes Ziel ist die 'Förderung von Investitionen durch die Schaffung stabiler und vorhersagbarer Umstände, die den Investor, seine Investition und damit verbundene Kapitalflüsse schützen ohne dabei Hindernisse für Investitionen von außerhalb des amerikanischen Raums zu schaffen.' • Die Investitionsvorschriften sind dazu angelegt, den Konzernen neue Macht zu geben, die es ihnen erlaubt, jede Form von Regulierungen von und Interventionen durch Regierungen anzufechten 	<p>Die vorgeschlagenen FTAA-Regeln zu 'Investitionen' enthalten Maßnahmen die:</p> <ul style="list-style-type: none"> • es ausländischen Konzernen erlauben, geschützt unter den Klauseln 'most favored nation' ('meistbegünstigte') und 'national treatment' ('Inländerbehandlung') zu arbeiten; • es Regierungen verbieten, 'Leistungsanforderungen' auf ausländische Konzerne anzuwenden, um sicherzustellen, dass diese ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht werden; • es ausländischen Konzernen erlauben, finanziellen Ausgleich für Regierungsmaßnahmen zu fordern, die ihren Profit beeinträchtigen; • es Regierungen verbieten, Kontrollen über Kapitalzu- und abflüsse durchzuführen.
Intellektuelle Eigentumsrechte	<ul style="list-style-type: none"> • Offizielles Ziel ist 'die Förderung und Absicherung adäquaten und effektiven Schutzes von intellektuellen Eigentumsrechten' (d.h. von Besitzrechten an und gesetzlicher Schutz von Ideen, künstlerischen Werken, technologischen Innovationen und Marktwerkzeugen). • Die WTO-Regeln über Handelsbezogene Eigentumsrechte setzen den Standard, aber das Verhandlungskomitee der FTAA könnte weiter gehen und neue Standards setzen. 	<p>Die vorgeschlagenen FTAA-Regeln für 'Intellektuelle Eigentumsrechte' enthalten Maßnahmen, die:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die TRIPS-Regeln der WTO als Minimum-Standard zu Grunde legen, einschließlich der neuen TRIPS-plus-Regeln, die Konzernen das Recht geben, Patente auf organisches Material, einschließlich Saatgut zu erwerben und Monopole auf lebenswichtige Medikamente zu erlangen; • die Rechte von Bauern einschränken, selbst aus der vorjährigen Ernte gewonnenes Saatgut zu nutzen; • es Regierungen erlauben, lokalen Unternehmen Pflichtlizenzen zu erteilen, um Generika patentierter Medikamente herzustellen (US-Vorschläge würden diese Maßnahme jedoch nicht erlauben); • Generika herstellende Unternehmen zwingen kostenintensive Tests durchzuführen, um die Sicherheit ihrer Produkte nachzuweisen; • den Schutz indigenen Wissens unterstützen, aber nur bis zu dem Maß, in dem solcher Schutz und die Vorteile daraus dazu beitragen, dass Konzerne Ressourcen und die damit verbundenen traditionellen Kenntnisse erschließen können, die den Unternehmen Patente ermöglicht, für die keine Innovationen erfordern.

Verhandlungskomitee	Mandat und Zielrichtung der Verhandlungen	Vorgeschlagene Regeln und Disziplinen der FTAA
Öffentliches Beschaffungswesen	<ul style="list-style-type: none"> Das offizielle Ziel ist, sicherzustellen das ausländische Firmen 'Zugang haben zu den Märkten des öffentlichen Beschaffungswesen der FTAA-Länder'; Dies soll erreicht werden, durch ein 'normatives Rahmenwerk, dass die Offenheit und Transparenz im Prozess des öffentlichen Beschaffungswesen gewährleistet' und dadurch dass die 'Nicht-Diskriminierung im öffentlichem Beschaffungswesen' sicher gestellt wird (d.h. dass keine Unternehmen absichtlich benachteiligt werden dürfen); Die FTAA-Regeln könnten über die der WTO hinausgehen, indem das sog. 'national treatment' ('Inländerbehandlung') verwendet wird, um den Marktzugang für ausländische Konzerne zu erzwingen, in Bezug auf Beschaffung von Waren und Dienstleistungen durch Regierungen. 	<p>Die vorgeschlagenen FTAA-Regeln zu 'Öffentlichem Beschaffungswesen' enthalten Maßnahmen, die:</p> <ul style="list-style-type: none"> es Regierungen verbieten würden, lokale Unternehmen bei der Vergabe von Verträgen für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen zu bevorzugen; es Regierungen verbieten würden, Anbieter nach anderen Kriterien als Preis und Qualität zu beurteilen, dies könnte als 'nicht notwendiges Handelshemmnis' angefochten werden; politische Maßnahmen verbieten würden, die den Handel von Waren und Dienstleistungen mit irgendeinem Land innerhalb der FTAA einschränken (z.B. gegenüber repressiven Regimen, die die Menschenrechte verletzen). diese Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen auf föderaler, staatlicher und kommunaler Ebene anwenden.
Wettbewerbsregeln	<ul style="list-style-type: none"> Offizielles Ziel ist die Verhinderung von dem Wettbewerb widersprechenden Wirtschaftspraktiken, wie oligopole oder monopole Kontrolle über Märkte und Preise. Obwohl solche Maßnahmen nützlich wären um die exzessive wirtschaftliche Macht großer Konzerne zu brechen, scheint das tatsächliche Ziel eher, staatliche Monopole zu brechen, die als Hindernisse für den freien Markt gesehen werden. 	<p>Die vorgeschlagenen FTAA-Regeln zu 'Wettbewerbsregeln' enthalten Maßnahmen, die:</p> <ul style="list-style-type: none"> die Existenz staatlicher Unternehmen erlauben, vorausgesetzt sie arbeiten unter Marktkriterien und stehen im Wettbewerb auf nationaler und regionaler Ebene; eine autonome Machtinstanz mit supranationaler Macht schaffen, um nicht wettbewerbskonforme Praktiken zu prüfen und mit Sanktionen zu belegen; es ausländischen Konzernen oder Investoren erlauben, Regierungen für die Ausübung von Monopolen oder die Unterhaltung von staatlichen Unternehmen zu verklagen; die Vorratshaltung von Rohmaterialien, halbfertigen und verarbeiteten Waren verbieten.
Subventionen, Anti-Dumping & Zollbeschränkungen	<ul style="list-style-type: none"> Offizielles Ziel ist es, 'Wege zu suchen, um existierende Disziplinen des WTO-Abkommen über Subventionen und Zollbeschränkungen auszubauen' und außerdem die Anwendung von handelsbefördernden Gesetzen. Weitere zentrale Themen wie den massiven Regierungssubventionen für Rüstungsindustrie und Landwirtschaft. 	<ul style="list-style-type: none"> Es ist noch nicht klar, was bis heute von dieser Verhandlungsgruppe erarbeitet wurde. Die ihr vorgegebenen Ziele sind etwas mehrdeutig. Regierungen der Industrienationen des Nordens subventionieren strategische Sektoren ihrer Wirtschaft, wodurch diese enorme Wettbewerbsvorteile gegenüber den Ökonomien der Entwicklungsländer des Südens erhalten.

Dies sind kurz zusammengefasst die zentralen Vorschläge, die in acht der neun Verhandlungsgruppen erarbeitet wurden, um dann den sogenannten 'composite bracketed text' der FTAA, also einen zusammengesetzten Text, der noch viele Einschränkungen enthält, zu bilden.

Wie wird die FTAA ihre Regeln rechtlich durchsetzen?

Wie die WTO wird die FTAA Machtmittel zur Verfügung haben, um ihre Regeln durchzusetzen. Diese Machtmittel finden sich in dem Entwurf der Streitschlichtungsmechanismen zur FTAA, mit denen Klagen in Bezug auf Regelkonformität und die entsprechenden Formen wirtschaftlicher Strafen geregelt werden, die bei Verletzung dieser Regeln verhängt werden sollen. In diesem Punkt scheint es so, als würde die FTAA eine Mischung aus den Streitschlichtungsmechanismen aus der WTO und der NAFTA anwenden. Die Mechanismen der Streitschlichtung zwischen Staaten werden im Großen und Ganzen auf dem WTO-Modell basieren, während diejenigen für Konflikte zwischen Investoren und Staaten auf dem NAFTA-Modell aufbauen werden.

Mittels der Mechanismen der WTO in Bezug auf zwischenstaatliche Streitfälle können Regierungen, die dabei häufig im Interesse der Unternehmen ihres Landes agieren, Gesetze, Politiken und Programme einer anderen Regierung anfechten. Ein Schiedsgericht, zusammengesetzt aus Sachverständigen, entscheidet hinter verschlossenen Türen, ob die umstrittene Handelspraxis eine Verletzung der WTO-Regeln darstellt und versucht, wenn das der Fall ist, diese Politik zu kippen. Das in einer Streitschlichtung verlierende Land hat drei Möglichkeiten: das umstrittene Gesetz oder Programm so abzuändern, dass es den WTO-Regeln entspricht; dauerhaft finanziellen Ausgleich an das Gewinnerland zu bezahlen; oder mit andauernden, steigenden Wirtschaftssanktionen durch das Gewinnerland und seinen in diesem Streit Verbündeten konfrontiert zu werden.

Um ihre Regeln rechtlich durchzusetzen, hat der zwischenstaatliche Streitschlichtungsmechanismus der WTO also die Macht, die Gesetze, politischen Maßnahmen und Programme eines Landes zu kippen. Für WTO-Mitgliedsländer existieren die WTO-Regeln als ein gemeinsames Gesetzespaket, oder präziser als eine Verfassung für weltweite wirtschaftliche Regierungsgewalt. Bei der Rechtssprechung zu Streitfällen fungieren die WTO-Regeln als übergeordnetes Recht, nicht das nationale Recht der betroffenen Länder. Im Ergebnis wurden Dutzende von nationalstaatlichen Gesundheits-, Nahrungssicherheits- und Umweltgesetzen über diesen WTO-Prozess abgeschafft. Es scheint nun so, als würden in der FTAA ähnliche Machtbefugnisse und Mechanismen für die Streitschlichtung zwischen Staaten enthalten sein.

Gleichzeitig wird die FTAA auch den Streitschlichtungsmechanismus für Streitfälle zwischen Investoren und Staaten aus der NAFTA enthalten. Nach den Investitionsregeln in Kapitel 11 der NAFTA, wird Konzernen das Recht gegeben, Regierungen direkt für angebliche Verletzungen der Investitionsregeln zu verklagen. Der Entwurf der FTAA-Investitionsregeln enthält ähnliche Vorschriften. Durch die FTAA werden ausländische Konzerne und Unternehmen spezielle Rechte haben, um ihre eigenen Regierungen zu umgehen und andere Regierungen direkt bezüglich der Belange ihrer Investitionen und Profite zu verklagen. Wie in

der NAFTA, werden diese Streitfälle hinter verschlossenen Türen durch technische Schiedsgerichte entschieden werden.

Nach den Entwürfen für die FTAA-Investitionsregeln wird auch der Begriff der Enteignungen sehr weit gefasst, so dass nicht nur direkte sondern auch indirekte Formen der 'Enteignung' eingeschlossen werden. Ausländische Konzerne können Regierungen nicht nur für 'physische Enteignungen' verklagen, wie Eigentum oder Vermögenswerte, sondern, was vielleicht sogar wichtiger ist für 'regulatorische Enteignungen', wie zum Beispiel durch Steuergesetze im Gesundheits- und Umweltbereich, die die gegenwärtigen oder zukünftigen Profite des Unternehmen beeinflussen könnten. Es ist dabei unwichtig, welches Ziel mit der Regulierung verfolgt wird oder ob sie der nationalen Rechtsprechung entsprechend legal ist. Ausländische Konzerne werden durch die FTAA das Recht haben, Regierungen zu verklagen und finanziellen Ausgleich für angebliche 'regulatorische Enteignungen' zu verlangen.

Die Machthebel des Streitschlichtungsmechanismus zwischen Staaten und Investoren werden illustriert durch Dutzende von Fällen, die bis heute unter Kapitel 11 der NAFTA entschieden wurden. Zum Beispiel wurden die NAFTA-Investitionsregeln durch den Ethyl-Konzern aus den USA erfolgreich benutzt, um die kanadische Regierung zu zwingen, ihre Gesetzgebung, die den grenzüberschreitenden Verkauf ihres Produkts MMT verbietet, zurückzunehmen, ein Benzinzusatz, der in vielen anderen Ländern als 'gefährliches Neurotoxin' verboten wurde. In einem ähnlichen Fall, benutzte eine amerikanische PCB-Müllentsorgungsfirma, S.D. Meyers, das Kapitel 11 der NAFTA, um die kanadische Regierung zur Zurücknahme ihres PCB-Exportverbots zu zwingen - eines Verbots, das in Übereinstimmung mit den Restriktionen der Basler Konvention über den grenzüberschreitenden Transport von gefährlichem Müll erlassen wurde – und dabei die kanadische Regierung erfolgreich auf Schadensersatz von 8 Millionen US-\$ für verlorene Gewinne während der kurzen Geltungszeit des Verbotes verklagte.

Auch die mexikanische Regierung ist unter der NAFTA-Regeln verklagt worden. Die Metalclad Corporation, ein US-amerikanisches Müllentsorgungsunternehmen, beschuldigte 1996 die mexikanische Regierung, die Regeln des Kapitel 11 zu verletzen, als der Bundesstaat San Luis Potosi dem Unternehmen die Erlaubnis, eine Müllentsorgungsanlage wieder zu öffnen, verweigerte. Nachdem durch eine geologische Studie nachgewiesen worden war, dass die Anlage die lokalen Wasservorräte kontaminieren würde, ordnete der Staatsgouverneur die Schließung der Anlage an und erklärte später das Gebiet zum Teil einer ökologisch (schützenswerten) Zone. Als Metalclad nun wegen Enteignung und entstandener Schäden klagte, entschied ein NAFTA-Tribunal zugunsten des US-Unternehmens und verurteilte die mexikanische Regierung zu einer Schadensersatzzahlung von 16,7 Millionen US-\$.

In der Tat könnten vermehrte Klagen von Investoren gegen Staaten unter der FTAA einen verheerenden Effekt auf die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer im amerikanischen Raum haben, die ja schon mit schweren Schuldenlasten belastet sind. Nehmen wir den Fall Boliviens, eines der ärmsten Länder Lateinamerikas. Die riesige US-amerikanische Baufirma Bechtel benutzt zur Zeit die NAFTA-ähnlichen Vorschriften in einem bilateralen Investitionsabkommen zwischen Bolivien und den USA, um die bolivianische Regierung auf 25 Millionen US-\$ Schadensersatz für verlorene, zukünftige Profite zu verklagen. Die Klage wurde eingereicht, nachdem eine Tochterfirma von Bechtel die Kontrolle über seine Investition von 1 Million US-\$ in die Wasserversorgung von Cochabamba verlor und gezwungen wurde, die

Stadt zu verlassen, weil die Bevölkerung gegen die Übernahme ihrer Wasserversorgung durch das Unternehmen rebellierte.

Wie wird die FTAA unser tägliches Leben beeinflussen?

Auf den ersten Blick scheinen die oben dargestellten FTAA-Regeln vielleicht abstrakt, und nichts mit dem täglichen Leben der Menschen zu tun zu haben. Aber wenn man sich die Bilanz der WTO und NAFTA bis heute ansieht, wird klar, dass diese Art von Handelsabkommen das tägliche Leben von allen Menschen - Arbeitern, Angestellten und in den Gemeinden - und die Umwelt direkt beeinflusst. Der Lackmustest ist, ob Handelsabkommen wie die FTAA dazu führen werden, die Lebensbedingungen der Menschen in Nord-, Süd- und Mittelamerika zu verbessern oder zu verschlechtern. Für den Moment wollen wir aber einen Blick darauf werfen, wie die FTAA-Regeln grundlegende Eckpunkte wie die soziale, ökologische, wirtschaftliche und die Nahrungssicherheit beeinflussen könnten.

Soziale Sicherheit

Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass die FTAA-Regeln dazu geschaffen sind, die Voraussetzungen für soziale Sicherheit zu schaffen. Allgemein waren Regierungen traditionell dafür verantwortlich, die soziale Sicherheit durch öffentliche Programme für Gesundheit, Bildung und Sozialversicherung zu gewährleisten. In manchen Ländern werden die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, das Postwesen, die Kinder- und Jugendfürsorge und öffentliches Transportwesen als Teil des Pakets für Soziale Sicherheit gesehen. Während diese Vorschriften von Land zu Land variieren, haben die Strukturanpassungsprogramme, die durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds IWF Regierungen im Süden seit den 1980ern vorgeschrieben werden, sicherlich allgemein zur Schwächung der sozialen Programme und öffentlichen Dienstleistungen, die für die Menschen in Lateinamerika existieren, beigetragen. Die FTAA wird mehr als wahrscheinlich diese Erosion der sozialen Sicherheit im panamerikanischen Raum verstärken.

Besonders die bisher vorgesehenen FTAA-Regeln über den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen stellen eine Gefahr dar. Die Forderung nach 'umfassender Abdeckung in allen Dienstleistungssektoren' bedeutet, dass soziale Programme und öffentliche Dienstleistungen Ziele für Deregulierung und Privatisierung werden könnten. Die Anwendung der GATS-Vereinbarungen der WTO in der FTAA bedeutet, dass profitorientierte Gesundheitsfürsorge- und Ausbildungsunternehmen in den USA das Recht einklagen können, sich in anderen Ländern zu etablieren, und so Zugang zu diesen 'Märkten' einfordern können. Außerdem könnten inländische Gesetze und Programme, die diese öffentlichen Dienstleistungen schützen, nach dem 'domestic regulation regime' (Regime zu inländischer Regulierungen) des GATS angefochten werden, einschließlich der Möglichkeit, dass diese einem 'Notwendigkeitstest' unterzogen würden. Und wenn diese Maßnahmen noch nicht zum Erfolg führen würden, könnten diese Konzerne jederzeit von ihrem Recht Gebrauch machen, die Regierungen gemäß den Investitionsregeln der FTAA auf Ausgleichszahlungen für ihre verlorenen, zukünftigen Profite verklagen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Entscheidung von 'United Parcel Service' (UPS), die 'Canada Post' gemäß Kapitel 11 der NAFTA zu verklagen. In diesem Fall klagt UPS an, dass die

NAFTA-Regeln über öffentliche Monopole in bezug auf Päckchen- und Kurierdienst verletzt würden. Der Fall konzentriert sich zwar auf Postdienstleistungen, die entsprechenden NAFTA-Regeln selbst aber sind so allgemein angelegt, dass sie weitreichende Auswirkungen bei der Anwendung der GATS-Regeln (und verwandter Handelsregeln) auf ein breites Spektrum an öffentlichen Dienstleistungen haben könnten. Darüber hinaus, sind die FTAA-Regeln zu Dienstleistungen so angelegt, dass diese Bereiche auf Privatisierung festgelegt werden. Sobald eine Regierung sich entschieden hat, öffentliche Dienstleistungen zu deregulieren und zu privatisieren, wie zum Beispiel die Gesundheitsfürsorge, Bildung, Sozialversicherung, Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder Postdienste, wäre es praktisch unmöglich für eine andere Regierung, diese Entscheidung wieder rückgängig zu machen. Die Forderungen nach Ausgleichszahlungen unter der FTAA wären zu kostspielig für die meisten Regierungen.

Ökologische Sicherheit - Umweltschutz

So wie die Dinge im Moment stehen, enthält die FTAA keine Vorschriften oder Sicherheitsklauseln für ökologische Sicherheit. Das ursprüngliche Mandat 1994 zur Verhandlung der FTAA enthielt ein Versprechen 'die nachhaltige Entwicklung und den gleichzeitigen Schutz der Umwelt zu garantieren.' Zwei Jahre später in Bolivien wurde ein großer Gipfel zu nachhaltiger Entwicklung abgehalten, auf dem eine Übereinkunft über 65 Initiativen, zusammengenommen bekannt als der 'Aktionsplan von Santa Cruz', erzielt. Obwohl die Präsenz von Umweltgruppen auf dem Bolivien-Gipfel fehlte, forderte der 'Santa Cruz'-Plan die Schaffung einer neuen Organisation innerhalb der 'Organization of American States' (OAS): eines 'Inter-Amerikanischen Komitees zu Nachhaltiger Entwicklung'. Zum Zeitpunkt des Santiago Summit of the Americas allerdings wurde das Ziel und Programm der nachhaltigen Entwicklung aus dem neuen Verhandlungsmandat für die FTAA gestrichen.

Als Konsequenz daraus gibt es viele Teile im Entwurf für die FTAA, die ernste Auswirkungen auf die Umwelt haben werden. Es gibt zwar im 'Investitionskapitel' eine Klausel, die Mitgliedsländer dazu auffordert 'Anstrengungen zu unternehmen, um zu garantieren', dass keine Umweltstandards gesenkt werden, um ausländische Investitionen anzuziehen. Für sich alleine, ist diese Klausel allerdings bedeutungslos. Schlimmer noch: der Entwurf zur FTAA legt keine Rechenschaft ab, über die Umweltkosten, die mit den im Vertrag angestrebten Zielen, die Produktion und den Export von Produkten aus der Wald- und Energiewirtschaft, der Fischerei und dem Bergbau zu erhöhen, einhergehen. Tatsächlich verbietet der FTAA-Entwurf den Einsatz von politischen Maßnahmen wie die Erhebung von Exportzöllen, um zum Beispiel natürliche Ressourcen zu schützen.

Wie die WTO und die NAFTA legt die FTAA den Regierungen Handschellen an, die die Fähigkeit nach dem Vorsorgeprinzip ('precautionary prinziple') zu handeln behindern sollen, besonders darin, bei Zweifeln (über die Gefährlichkeit bestimmter Maßnahmen oder Praktiken, d. Übers.) den vorsichtigeren Weg zu wählen. Beim Import gentechnisch veränderter Produkte fordern die FTAA-Regeln im Entwurf von den Regierungen wissenschaftliche Beweise, die aufzeigen dass ihre nationalen Gesetze und Regulierungen, um diese Importe zu beschränken, tatsächlich notwendig sind. Die Beweislast liegt bei den Regierungen, die versuchen, die öffentlichen Interessen ihres Landes stärker zu schützen als die der Konzerne, die den Verkauf dieser Produkte vorantreiben. Darüber hinaus ist eventuell auch die reiche Biodiversität Lateinamerikas durch die FTAA-Regeln direkt oder indirekt gefährdet. Soweit die WTO-Regeln zu technischen Handelsbarrieren, und zur Implementierung sanitärer und phytosanitärer

Standards und zu handelsbezogenen Eigentumsrechten in die FTAA wie erwartet integriert werden, könnten diese Regeln - verstärkt durch die Mechanismen zur Streitschlichtung zwischen Investoren und Staaten – benutzt werden, um Umweltgesetze oder Programme zum Schutz der Biodiversität in lateinamerikanischen Ländern auszuhebeln.

Nahrungssicherheit

Die Regeln der FTAA sind auch nicht wirklich dazu angelegt, die Nahrungssicherheit der Menschen in den Mitgliedsstaaten zu fördern. Die Regeln im Bereich Landwirtschaft dieses Handelsregimes haben wenig zu tun mit der Überwindung von Hunger, der Verbesserung der Nahrungssicherheit oder damit, den Lebensstandard kleiner Bauern zu heben. Im Gegenteil, diese Regeln sollen den Interessen der industriellen Landwirtschaft und des Agribusiness dienen. Im neuen weltweiten Nahrungssystem würde Landwirtschaft, in der Bauern Lebensmittel anbauen, um damit Menschen zu ernähren, durch ein System des Agribusiness ersetzt, in dem transnationale Lebensmittelkonzerne auf Profitbasis Lebensmittel produzieren, während Nahrungssicherheit und die Rechte bäuerlicher Familienbetriebe auf der Strecke bleiben.

Da das Agrarabkommen der WTO, das in die FTAA aufgenommen werden soll, im Wesentlichen darauf ausgerichtet ist, die Produktion von Exportfrüchten zu fördern, wird wertvolleres, landwirtschaftlich nutzbares Land in lateinamerikanischen Ländern eher für die export-orientierte Produktion genutzt werden als für die Produktion von Lebensmitteln zur Deckung der Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung. Nehmen wir zum Beispiel den Fall Argentiniens, das jetzt den größten Teil seiner landwirtschaftlichen Produktionsflächen für Exportfrüchte nutzt. Argentinien ist heute der weltweit größte Exporteur von Sonnenblumenöl, Sojaöl, Mehl und Birnen, der zweitgrößte Exporteur von Mais, Honig und Hirse, der viertgrößte Exporteur von Fleisch, Baumwolle und Wein und der fünftgrößte Exporteur von Weizen. Als Konsequenz daraus gehören eine unsichere Nahrungssituation und Hunger zur Tagesordnung dieses landwirtschaftlich reichen Landes.

Durch das Verbot von Import- und Exportkontrollen bei Lebensmitteln werden nur die großen Unternehmen im Agribusiness überleben können, geschützt durch die Regel zu 'Inländerbehandlung' und 'Meistbegünstigung'. Wenn Landreformen nicht ausdrücklich garantiert werden, werden Landarbeiter und Bauern gezwungen werden, in die überbevölkerten Städte zu ziehen, wo die Arbeitslosigkeit ohnehin schon explosionsartig wächst. Es wird geschätzt, dass, seit ähnliche Regeln für die Landwirtschaft in der NAFTA angewandt wurden, bis zu 15 Millionen Menschen (Bauern und ihre Familienmitglieder) ihren Lebensunterhalt verloren und ihre bisherige Lebensweise aufgeben mussten. Ebenso haben seit dem ersten Freihandelsabkommen zwischen Kanada und den USA über 60 000 kleinere und mittlere Bauern ihre Lebensweise aufgeben müssen. Wenn diese Regeln in Kraft treten, werden die Bauern nicht mehr länger in der Lage sein, gemeinsam mit inländischen und ausländischen Käufern Preise auszuhandeln. Ohne nationale Preiskontrollen oder Regulierungen zum Schutz lokaler Bauernbetriebe, sind sie der Gnade und Ungnade der internationalen Preisentwicklungen ausgeliefert. Darüber hinaus werden Länder nicht mehr länger in der Lage sein, Notfalllebensmittelreserven anzulegen, um Trockenzeiten oder Missernten auszugleichen. Stattdessen müssen sie das, was sie brauchen, auf dem freien Markt kaufen.

Da die technischen Standards (SPS- und TBT-Regeln) des WTO-Abkommen zur Landwirtschaft übernommen werden, wird die FTAA ebenso dazu benutzt werden, die Rechte traditioneller Farmer zu beschneiden und Lebensmittelsicherheitsgesetze zurückzuschrauben. Wie oben schon erwähnt waren die USA und Kanada schon erfolgreich beim Versuch, mit diesen Werkzeugen in der WTO, die europäische Importsperre für mit Rinderhormonen behandeltes Fleisch, das potentiell krebserregend ist, anzufechten. Es gibt keinen Grund warum diese Instrumente nicht von Agro-Biotech-Konzernen benutzt werden sollten, um Lebensmittelstandards auszuhebeln und sich Märkte für ihre gentechnisch veränderten Produkte in Lateinamerika zu eröffnen.

Wirtschaftliche Sicherheit

Die Regeln der FTAA sind nicht in erster Linie dazu angelegt, wirtschaftliche Sicherheit für Arbeiter und Kommunen zu schaffen. Im Gegenteil, die Liberalisierung von Handel und Investitionen erlaubt es, transnationalen Konzernen ihre Produktionszentren, ihr Kapital und ihre Produkte von einem Land ins andere zu bewegen, um von billigen Arbeitsbedingungen zu profitieren - unbehindert von Regulierungen oder Eingriffen durch Regierungen. Die Investitionsregeln der FTAA etablieren und sichern zwar die 'Rechte' von Unternehmen und Konzernen, aber es gibt keine arbeitsrechtlichen Klauseln, um die Rechte von Arbeitern zu sichern oder zu garantieren. Obwohl Regierungen im Entwurfstext dazu ermutigt werden, ihre Arbeitsstandards nicht zu lockern, um so ausländische Investitionen anzuziehen, gibt es keine Maßnahmen, um die Regierungen ärmerer Länder daran zu hindern, ihre Mindestlöhne zu senken, um diese Ziele zu erreichen.

Die Erfahrungen mit der NAFTA in Mexiko, Kanada und den USA zeigen, wie Freihandelsabkommen dazu führen, dass die wirtschaftliche Sicherheit der Menschen geschwächt wird. Als Unternehmen ihre Produktion nach Mexiko verlagerten, um dort von den Tageslöhnen mexikanischer Arbeiter von 5 US-\$ zu profitieren, gingen den USA über eine Million an Arbeitsplätzen in der Fabrikation verloren. Diese ausgemusterten Arbeiter finden zwar meist neue Jobs, jedoch mit wesentlich geringerer Sicherheit und geringeren Löhnen. Mexikanische Arbeiter konnten sich ohne rechtlich verbindliche Arbeitsrechte in der NAFTA nicht effektiv organisieren, um ihre Löhne zu erhöhen. Trotz der Versprechungen der NAFTA von gesteigertem, wirtschaftlichen Wachstum in ganz Mexiko, erfuhren nur die Maquiladora-Fabriken in der Grenzregion nennenswerte Zuwächse an industrieller Aktivität. Doch selbst hier sind jetzt über eine Million mexikanischer Arbeiter mehr als vor der Einführung der NAFTA gezwungen für weniger als den Mindestlohn zu arbeiten.

Es gibt Schätzungen, dass, seit NAFTA 1994 umgesetzt wurde, acht Millionen Mexikaner aus der Mittelklasse unter die Armutsgrenze abgesunken sind. Und es gibt keine Vorkehrungen, um zu verhindern, dass die FTAA ähnliche wirtschaftliche Unsicherheiten hervorbringt. Geschützt durch die FTAA-Machtinstrumente wie 'most favorite nation' und 'national treatment' können in den USA und Kanada angesiedelte Konzerne und Unternehmen sich im ganzen Geltungsbereich der FTAA niederlassen und dabei nicht nur von den billigen Arbeitsbedingungen profitieren sondern auch, da sie ja Gleichbehandlung ('national treatment') einfordern können, lokale Industrien und Unternehmen unterbieten. Für viele Entwicklungsländer könnten die Forderungen, Zollbarrieren abzubauen, in einer Flut an Konsumgüterimporten resultieren, wodurch ihre Volkswirtschaften sogar noch verwundbarer würden. Und die Voraussetzungen für wirtschaftliche Sicherheit könnten noch weiter

verschlechtert werden, da Regierungen nicht mehr die Möglichkeit haben werden, spekulative Investitionen in ihre Währungen durch Kontrolle der Kapitalzu- und abflüsse im Zaum zu halten.

Was werden die kritischen Themen in Miami sein?

Im Anschluss an das Panamerikanische Gipfeltreffen in Quebec City im April 2001, wurde deutlich, dass die FTAA-Handelsdelegierten noch sehr viel Arbeit leisten müssten, um den Stichtag 1. Januar 2005 als Abschluss für das Abkommen einhalten zu können. Als sich die Handelsminister in Quito, Ecuador, 19 Monate später trafen, hatte sich das Klima der Verhandlungen nochmals intensiviert. Nach dem Gipfel der WTO in Doha, hatte die USA unter der Bush-Regierung eine Reihe von Schutzzöllen eingeführt, unter anderem eine massive Landwirtschaftssubvention, eine Kehrtwendung im Bezug auf die Stahltarife, und neue Schutzzölle für die Zitrusbauern Floridas. Die ersten beiden Punkte erzeugten weltweit Konflikte mit Amerikas Haupthandelspartner, auch speziell wegen der Vereinbarung in Doha, wo weitere Handelsliberalisierungen abgesprochen worden waren. Alle drei Punkte sorgen für eine Bedrohung der Zukunft der FTAA, hauptsächlich im Bezug auf Brasilien, dem Hauptgegenspieler der USA, das von allen drei Punkten direkt betroffen war. Gerade zu dem Zeitpunkt, als die Spannungen auf dem Ministertreffen in Quito im November 2002 auf einen Höhepunkt zuliefen, wurden diese noch verstärkt durch wachsenden öffentlichen Widerstand: einer Volksabstimmung, organisiert durch die Zivilgesellschaft, bei der sich 10 Millionen Brasilianer an den Wahlurnen gegen die FTAA aussprachen.

In Quito versuchten die Handelsminister dem Fortschritt der FTAA einen positiven Anstrich zu geben, was ihnen jedoch misslang. Als die Minister ihre Erklärung vortrugen - Versprechungen, dass die FTAA den Lebensstandard anheben, für mehr Arbeitsplätze sorgen, Arbeitsbedingungen verbessern, die Gesundheitsversorgung und Bildung verbessern und für einen besseren Umweltschutz sorgen würde - wurden sie von der HAS (Hemisphärisches Sozialbündnis) einem Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Gruppen, das die Verhandlungen der FTAA verfolgte, scharf angegriffen, weil diese sich widersprechende Erklärungen und Versprechungen machten, die den Erfahrungen der Menschen widersprächen. Dies ist belegt durch acht Jahre statistischer Erhebungen der Auswirkungen von NAFTA. "Wir sind erzürnt über die Ministererklärung, die vorgibt, sich um die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung zu kümmern, wenn gleichzeitig die Vorschläge der FTAA das Ziel haben, öffentliche Güter und Dienstleistungen wie das soziale Recht auf Wasser, Gesundheit und Bildung in private Güter zu verwandeln, wodurch der Zugang dazu von der Zahlungsfähigkeit abhängig gemacht würde". Darüber hinaus veröffentlichte das Parlamentarische Forum in Quito, zu dem Parlamentarier und Gesetzgeber aus vielen Staaten der Region und der Karibik gehörten, eine deutliche Erklärung der Opposition gegen die FTAA und deren Verhandlungsprozess.

Während der Handelsbeauftragte der US-Regierung, Robert Zoellick noch, indem er einzelne verfahrenstechnische Fortschritte während der FTAA-Verhandlungen betonte, den Versuch unternahm, die Verhandlungen in Quito zu einem totalen Erfolg zu erklären, machten kritische Beobachter darauf aufmerksam, dass die USA keinerlei Fortschritte zu verbuchen hatten dabei, ihre Verhandlungspartner von der Richtigkeit ihren Positionen bei eher kontroversen

Themen wie Landwirtschaft, Investitionen und Dienstleistungen zu überzeugen. In der Tat sahen sich die USA in Quito heftiger Opposition von lateinamerikanischen Regierungen ausgesetzt, die den wirtschaftlichen Absturz ihrer Länder beobachtet hatten. Dazu kam die wachsende Gegenwehr der Bevölkerung. Einer der aufschlussreichsten Momente war die Solidarisierung der ecuadorianischen Sicherheitskräfte mit den Protesten der Zivilgesellschaft von mehreren 10.000 Menschen, nachdem die Minister sich zum wiederholten Male geweigert hatten, sich mit Sprechern der Zivilgesellschaft zu treffen, und die Demonstranten deshalb drohten, die Stadt lahm zu legen. Widerstrebend willigten Zoellick und die anderen Handelsminister in ein Treffen mit den Gruppen der Zivilgesellschaft ein.

In Vorfeld des Handelsministertreffens in Miami, sind die FTAA-Verhandlungen in ihrer letzten Phase. Während dieser letzten Phase führen die USA gemeinsam mit Brasilien den Vorsitz. Dieser Schritt war ursprünglich geplant, um etwaige Störungen und Behinderungen zu vermeiden, indem die zwei Hauptspieler der Hemisphäre die Verhandlungen führen sollten. Das Handelskonferenzkomitee der FTAA, bestehend aus stellvertretenden Handelsministern aus den 34 teilnehmenden Ländern, das sich am 11. April 2003 in Puebla in Mexiko traf, ließ veröffentlichen, dass der Verhandlungsprozess beschleunigt und verschärft werden müsse, um die gesetzte Frist einhalten zu können. Der Erfolg der Verhandlungen und die Zukunft der FTAA hängen unterdessen anscheinend an einigen schwierigen Streitfragen.

Landwirtschaft

Sollte es dazu kommen, dass die Forderungen der FTAA nach Modernisierung der Landwirtschaft und des Handels ohne Landreformen umgesetzt werden, wird das zur Folge haben, dass Millionen von Kleinbauern in Lateinamerika gezwungen werden, ihren Lebensunterhalt aufzugeben. Seit dem Inkrafttreten von NAFTA ist der mexikanische Markt überschwemmt worden von importiertem Mais und Bohnen, so dass Hunderttausende von Bauern ihr Land verlassen mussten, weil sie mit den subventionierten US-Waren nicht mehr konkurrieren konnten. Das neueste Landwirtschaftsgesetz der Bush-Regierung, das die Exportsubventionen für US-Farmer erneut erhöhte, übt großen Druck aus auf Brasilien und andere Lebensmittelproduzenten Lateinamerikas.

Dienstleistungen

Nicht nur in Industrienationen wie in Kanada und den USA, sondern auch in Entwicklungsländern macht man sich zunehmend Sorgen, wie sich die neuen Richtlinien der FTAA auf die Möglichkeiten der Regierungen auswirken werden, die öffentliche Versorgung im Gesundheitswesen, Erziehung, der Wasser- und Stromversorgung und andere soziale Rechte zu garantieren. Öffentliche Dienstleistungen sind im Rahmen jahrzehntelanger Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds schon stark beschnitten worden. Nun rüsten sich US-amerikanische Konzerne dafür, die Situation zur Privatisierung des Gesundheitssystems in Lateinamerika auszunutzen.

Marktzugang

Das Versprechen der FTAA, verbesserten Marktzugang für Exporte der amerikanischen Entwicklungsländer in die USA zu schaffen, wurde durch den neuen Protektionismus der Amerikaner vereitelt. Wie oben schon erwähnt, haben die kürzlich eingeführten Einfuhrzölle für Stahl und Zitrusfrüchte Länder wie Brasilien sehr hart getroffen und gleichzeitig ein Signal gesetzt für andere Länder, dass das große Versprechen vom freien Marktzugang für Produkte aus Lateinamerika bestenfalls sehr begrenzt zu verstehen ist. Ohne erhebliche Verbesserungen des Marktzugangs für Entwicklungsländer in Lateinamerika, wird es kaum etwas geben, was sich die lateinamerikanischen Entwicklungsländer noch von den Verhandlungen erhoffen können.

Geistiges Eigentum

Das entscheidende Thema hier ist die Möglichkeit von Regierungen, Medikamente und pharmazeutische Produkte ihrer Bevölkerung kostenlos oder weit unter Weltmarktpreis zur Verfügung zu stellen, um Notlagen in der öffentlichen Gesundheitsversorgung wie z.B. AIDS zu begegnen. Nach den vorgeschlagenen FTAA-Regeln, die im Grunde genommen, indem sie ihnen Patentrechte einräumen, nur die Profite von US-amerikanischen und kanadischen Pharmakonzernen beschützen sollen, würden Regierungen, die auf Grund von öffentlichen Gesundheitsgefährdungen kostenlose oder preisgünstige Medikamente ausgeben, sich der Verletzung dieser Regeln schuldig machen. Dies könnte ein schwieriges Thema werden, vor allem für Länder wie Brasilien, die große Mengen von Generika herstellen - gerade in der letzten Phase der FTAA-Verhandlungen.

Investitionen

Die meisten lateinamerikanischen Länder wünschen zwar mehr Investitionen aus dem Ausland, es könnte jedoch sein, dass der Preis dafür zu hoch ist. Wie schon ausgeführt, geben die Entwürfe der FTAA-Richtlinien den ausländischen Konzernen eine Art von Hoheitsrecht und sehr weitreichende Befugnisse. Die Erfahrung aus der Kolonialzeit lassen einige Länder zögern, transnationalen Konzernen zu viel freie Hand zu lassen. Aus Sicht der USA müsste die Messlatte auf NAFTA-plus angesetzt werden, wenn es um die Einbeziehung von Regeln und Bestimmungen zu Investitionen in die FTAA geht. Aus der Sicht von Brasilien und anderen lateinamerikanischen Länder könnte dies jedoch zu hoch gegriffen sein.

Jeder dieser strittigen Punkte könnte der Anlass für ein Scheitern der FTAA werden. Was immer auch passiert, der entscheidende Faktor ist Brasilien. Sogar vor der letzten Wahl, die Luis Ignacio Lula da Silva aus der Brasilianischen Arbeiterpartei zum Präsidenten des größten Landes Lateinamerikas machte, waren Politiker aller Schattierungen sehr vorsichtig in Bezug auf die FTAA-Verhandlungen. Die größte Angst ist, dass die FTAA zwar ermöglichen wird, dass die USA und ihre Konzerne mehr direkten Zugang zu den großen lateinamerikanischen Märkten bekommen werden, während Brasilien und seine exportabhängigen Nachbarn aber vom US-Markt ausgeschlossen bleiben.

'Lula', wie die brasilianische Bevölkerung ihren Präsidenten liebevoll nennt, war schon immer ein scharfer Kritiker der US-Außenhandelspolitik, im besonderen der FTAA. Bevor er zum Präsidenten gewählt wurde, sagte er mehrmals, die FTAA sei ein Plan zur 'Annektion' der Hemisphäre nicht zu einer 'Integration'. Lula warb auch dafür, Kuba sowohl in die regionalen

Handelsverhandlungen als auch in die FTAA einzubeziehen, was die USA jedoch strikt ablehnen. Als Lula und die Brasilianische Arbeiterpartei dann dem Sieg näher kamen, schwächte sich ihre Kritik gegenüber den USA und FTAA etwas ab. Jedoch, wie schon erwähnt, entschieden sich über 10 Millionen Wähler in einer Volksabstimmung, die 2002 von zivilgesellschaftlichen Gruppen organisiert wurde, gegen die FTAA.

In der Vergangenheit hat Lula immer wieder gesagt, dass seine erste Handelspriorität sei, den Mercosur-Pakt zu stärken, der sich aus Brasilien, Argentinien, Uruguay, und Paraguay zusammensetzt. Mercosur zu einem stärkeren Handelspakt zu machen, so argumentiert Lula, würde den Ländern eine stärkere Position geben, um Konzessionen in der FTAA zu erreichen. Kurz nach seinem Amtsantritt verkündete Lula, dass er ein bilaterales Handelsabkommen zwischen Mercosur und den USA abschließen wolle, bevor weitere FTAA-Verhandlungen abgehalten werden sollten.

Auf der anderen Seite sind die USA gerade dabei bilaterale Verhandlungen mit verschiedenen Regionen Lateinamerikas zu führen, einige davon sind auch schon abgeschlossen, allerdings mit Ausnahme der Mercosur-Länder. In letzter Zeit war diese Taktik der Eindämmung in bezug auf die FTAA die Hauptstrategie der USA. Hinter den Kulissen haben die USA z.B. mit Chile bilaterale Handelsabkommen abgeschlossen und sind jetzt gerade dabei, mit den zentralamerikanischen Ländern zu verhandeln.

Nach unseren Informationen sind all diese bilateralen Vereinbarungen 'NAFTA-plus'-Vereinbarungen. Mit anderen Worten, sie sind ausgelegt alle Hauptkomponenten der NAFTA mit einzubeziehen, aber darüber hinaus noch neue Richtlinien und Auflagen hinzuzufügen, die die wirtschaftliche Liberalisierung weiter erleichtern; so z.B. die Abschaffung von Regeln und Gesetzen, die die Kapitalzu- und abflüsse über die eigenen Grenzen hinweg regulieren und kontrollieren sollen. Für die USA ist es nicht nur leichter und bequemer, bilaterale statt multilaterale Handelsabkommen zu verhandeln, sondern diese bilateralen Abkommen funktionieren wie eine Versicherungspolice für die FTAA-Verhandlungen, indem sie sicherstellen, dass die NAFTA-plus Komponenten von den Ländern, die an den Verhandlungen teilnehmen, unterstützt und gefördert werden.

TEIL 3

Eine gefährliche Kombination

Welche Auswirkungen werden die WTO und die FTAA auf das Leben der Menschen weltweit und auf dem amerikanischen Kontinent haben?

Die Menschen des amerikanischen Kontinents, haben - wie alle Völker - ausgesprochen Grund, sich Sorgen zu machen. Sie sind mit einer doppelten Bedrohung konfrontiert: den neuen WTO- Vereinbarungen und der Erweiterung der FTAA, einer 'Super NAFTA', auf den ganzen amerikanischen Raum. Die FTAA soll nach dem Willen seiner Erfinder das weitreichendste Handelabkommen in der Geschichte werden und in seinen Zielen und seiner Macht weit über die NAFTA hinausgehen. Gleichzeitig soll das neue WTO-Abkommen große neue Bereiche erschließen, die bisher nationaler Kontrolle unterlagen, wie die öffentlichen Dienstleistungen, Finanzdienstleistungen und Regierungsverträge. Im Grunde genommen haben die Verhandlungspartner die ehrgeizigsten Teile des bestehenden WTO-Abkommens und der NAFTA zu zwei mächtigen neuen Chartas von Wirtschaftskonzernen verwoben. Damit haben die USA, Kanada und ihre wirtschaftlichen Interessengruppen zwei Waffen zur freien Wahl, um die Länder Lateinamerikas zu kontrollieren und ihnen Marktdisziplin und privatisierte Dienstleistungen aufzuzwingen.

Das FTAA würde alle Teilbereiche des GATS mit den Machtmitteln des gescheiterten MAI verknüpfen und den transnationalen Konzernen der Hemisphäre dadurch neue, unvergleichliche Rechte einräumen, durch die sie mit allen von der öffentlichen Hand bereitgestellten Leistungen konkurrieren und diese, einschließlich Gesundheits- und Bildungswesen, Sozialhilfe, Umweltschutz und Maßnahmen zur Wahrung der eigenen Kultur, in ihrer Substanz angreifen können. Jedes Land, das es wagen würde, diese Rechte nicht anzuerkennen, wird mit einem Regime aus Strafen und erzwungenen Ausgleichszahlungen konfrontiert werden. Die Menschen außerhalb des amerikanischen Kontinents sollten dabei nicht glauben, sie seien von dieser Bedrohung ausgenommen, denn mächtige Konzerne und Regierungen der Ersten Welt haben eindeutig vor, die WTO zu nutzen, um weltweit vergleichbare Investitionsrechte für Konzerne einzuführen. Die Erweiterung der NAFTA- Investitionsregeln auf die FTAA wird als Einverständniserklärung ärmerer Ländern zu einem MAI-ähnlichen Abkommen aufgefasst werden.

Soziale Sicherheit

Die beabsichtigten erweiterten Dienstleistungsverhandlungen für die WTO, wie auch für die FTAA stellen in Verbindung mit Kapitel 11 der NAFTA eine ernsthafte Bedrohung von Sozialprogrammen und Sozialer Sicherheit dar. Allgemeine Krankenversicherung, öffentliches Bildungswesen, Kinder- und Jugendfürsorge, Renten, Sozialhilfe und viele andere soziale Dienste werden in einigen Ländern der nördlichen Hemisphäre aber auch weltweit noch immer von Regierungen auf 'non-profit'-Basis angeboten. Auch in Ländern, die durch Strukturanpassungsprogramme zur Aufgabe ihrer öffentlichen Dienste gezwungen wurden, herrscht noch immer die Überzeugung vor, dass soziale Sicherheit ein fundamentales Recht jedes Staatsbürgers ist.

Bisher haben unsere Regierungen damit argumentiert, dass sie diese Bereiche aus den Handelsvereinbarungen herausnehmen können, wenn auch unter der strikten Bedingung, dass diese nicht, auch nicht zum Teil, vom privaten Sektor bedient werden. Doch die Ausweitung des privaten Sektors in den meisten dieser Bereiche bedroht bereits heute jegliche bisher ausgehandelte Ausnahme. Durch die laufenden intensiven Dienstleistungsverhandlungen sowohl in der WTO wie auch der FTAA, gefährden alle Regierungen die noch von ihnen bereitgestellten sozialen Leistungen aller Regierungsebenen auf gefährliche und neue Weise.

Bisher haben die Regierungen auch damit argumentiert, dass soziale Programme nicht auf dem Verhandlungstisch des GATS liegen würden. Das ist schlichtweg falsch. In den ursprünglichen GATS-Vereinbarungen ließen viele Länder die öffentlichen Dienste ungeschützt. Kanada, Mexiko, Venezuela, Brasilien, Chile, Kolumbien und Argentinien haben – neben anderen Staaten der westlichen Hemisphäre – die Krankenversicherung als verhandelbar aufgelistet. (So auch die Europäische Union, die außerdem medizinische und zahnmedizinische Dienste, Pflegepersonal, Krankenhausdienste, alle sozialen Leistungen und alle Ebenen der Schul- und Hochschulbildung auf die Liste gesetzt hat). Ecuador hat, ebenso wie Bolivien, Costa Rica, Jamaika und Saint Lucia seine Krankenhausdienste in den Verhandlungen angeboten. In jedem Fall gilt die gegenwärtige Fassung des GATS für alle Dienstleistungen, auch für die 'ausgenommenen' oder nicht auf der Liste geführten, wenn sie im Wettbewerb mit Anbietern des privaten Sektors angeboten werden. Beispielsweise könnten Länder das GATS nutzen, um die staatliche Unterstützung von öffentlichen Krankenhäusern in den Ländern anzufechten, die sich jetzt auch für private Krankenhäuser einsetzen.

Zudem arbeitet bei den gegenwärtigen GATS-Verhandlungen ein Komitee an allgemeinen Vorgaben bezüglich der 'Inlandsregulierung', die den Regierungen starke Einschränkungen in weiteren Sektoren auferlegen würden, auch dann wenn diese nicht auf der Liste stehen. Dieses Komitee befürwortet eine Reihe 'notwendiger Maßnahmen' bezüglich innenpolitischer Entscheidungen über Dienstleistungen die 'unnötig belastend' sind oder 'Handelshemmnisse' verursachen. Sie würden einen 'Test' anwenden, der die Notwendigkeit der Maßnahmen überprüft; hierbei wären Regierungen gezwungen nachzuweisen, dass ihre inländischen Regulierungen, Standards und Gesetze bezüglich sozialer Dienstleistungen, den Wettbewerbsregeln der WTO nicht zuwiderlaufen. Alle sozialen Dienstleistungen, unabhängig davon, ob sie von den Regierungen angeboten wurden oder nicht, wären dann von diesen Maßnahmen zur Regulierung der Inlandspolitik betroffen.

Ein anderer Weg, eine Ausnahmeregelung zu umgehen, besteht darin diesen Bereich einfach unter einer anderen Rubrik anzugeben. Zum Beispiel ist bekannt, dass die USA Vertriebsleistungen und Versorgungsketten in das GATS mit einbringen wollen; dies könnte Regierungen dazu zwingen, ausländischen Investoren Marktzugang zur Versorgungsleistungen im derzeitigen öffentlichen Bereich zu ermöglichen, auch wenn die betreffende Dienstleistung gar nicht auf der Liste steht.

Die FTAA als eine 'top-down'-(etwa: von oben übergestülpte) Vereinbarung stellt jetzt, da alle Inhalte bekannt sind, eine noch direktere Gefahr dar. Im GATS, unterliegen beispielsweise den Regeln für 'Marktzugang' und 'Inländerbehandlung' nur die Dienstleistungen auf der Liste; in der FTAA würden sie für alle Dienstleistungen gelten, wenn diese nicht ausdrücklich

ausgenommen sind. Ebenso würde der FTAA-Textentwurf die 'Inländerbehandlung' auf Subventionen ausdehnen, was bedeuten würde, dass Regierungen zum Beispiel öffentliche Schulen und Krankenhäuser nicht weiterhin fördern könnten, ohne die gleiche Subvention auch profitorientierten amerikanischen Ketten zu gewähren. Die FTAA enthält außerdem auch Regeln bezüglich 'Inlandsregulierungen', die wiederum auf alle Bereiche angewendet würden.

Kombiniert mit dem Recht der Dienstleistungskonzerne, Regierungen zu verklagen, die diese Regeln verletzen, ist der Weg frei für einen Rundumschlag gegen das gesamte soziale Sicherungssystem. Unter den vorgeschlagenen neuen Regeln werden ausländische, profitorientierte Gesundheits-, Bildungs- und andere soziale Dienstleistungskonzerne das Recht haben, überall in der Hemisphäre kommerziell präsent zu sein. Sie werden das Recht haben, mit öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen und Kinderhorten um die entsprechenden öffentlichen Gelder zu konkurrieren. Standards für Gesundheit, Erziehung, Kinder- und Jugendfürsorge und Berufstätige des sozialen Bereichs werden Handelsregeln und Untersuchungen unterliegen, die gewährleisten, dass sie kein Handelshemmnis darstellen. Und jede Regierung, die auf irgendeiner Ebene versuchen sollte, diesen Entwicklungen Widerstand entgegenzusetzen und diese Dienstleistungen als Bürgerrecht zu erhalten, kann von profitorientierten Dienstleistungskonzernen rechtmäßig auf finanzielle Entschädigung verklagt werden.

Ökologische Sicherheit - Umweltschutz

Die gefährliche Kombination aus den neuen WTO-Regeln und der geplanten FTAA würde auch die Fähigkeit von Nationalstaaten gefährden, ihre natürlichen Ressourcen zu schützen oder Bestimmungen und Standards zum Schutz von Umwelt und Gesundheit ihrer Bürger aufrechtzuerhalten. Keines der beiden Abkommen enthält im Hauptteil ihres Textes eine einzige Silbe über Umweltschutz und in den WTO-Texten von Doha wird die Vorrangigkeit von Handelsgesetzen vor multilateralen Umweltschutzvereinbarungen direkt ausformuliert. Zudem sind in Gestalt der SPS- und TBT-Vorschriften in beiden Vereinbarungen Instrumente zur Einschränkung von Regeln und Standards der Regierung enthalten.

Die Dienstleistungsabkommen von beiden, der WTO und der FTAA, haben ernsthafte Konsequenzen für den Umweltschutz, denn sie könnten verwendet werden, um Regeln, die für Nachhaltigkeit sorgen sollen, auszuhebeln. Viele allgemein verwendete Sicherheitsstandards werden als 'Umweltdienstleistungen' aufgeführt einschließlich von Bereichen von öffentlichem Interesse wie der Anwendung von Pestiziden, dem Bau von Erschließungsstraßen in der Forstwirtschaft, Giftmülllagerung, Wasserreinigung, Pipeline-Bau, Nationalparks (und andere Schutzgebiete) und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Bergbau und Landwirtschaft. Verfahren, die als 'Handelshemmnis' erscheinen, wie zum Beispiel langwierige Genehmigungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Umweltuntersuchungen oder Regeln zu inländischen Förderungsmaßnahmen könnten gemäß den bisherigen Entwürfen gerichtlich angefochten werden. Dabei ist es wichtig, im Gedächtnis zu behalten, dass das GATS-Abkommen keinerlei Ausnahmen gestattet für Regierungen, die das Abkommen verletzen, um ihre natürlichen Ressourcen zu schützen.

Die größte Bedrohung für die Umwelt bedeutet jedoch die Übertragung der Investitionsregeln aus Kapitel 11 der NAFTA auf die FTAA und die Entscheidung, Investitionsregelungen in die WTO aufzunehmen. Die Länder, die zur NAFTA gehören, sind heute schon von den NAFTA-

Regeln zum Rechtsverhältnis zwischen Investoren und Staaten betroffen. So wurden nicht nur schon eine ganze Anzahl von Gesundheits- und Umweltschutzvereinbarungen in Kanada, den USA und Mexiko durch die Konzerne des Kontinents erfolgreich angefochten, sondern Kapitel 11 wird auch als Abschreckung benutzt, um Regierungen davon abzuhalten, bestimmte neue Regulierungsmaßnahmen überhaupt in Erwägung zu ziehen, aus Furcht diese könnten die Investitionsvorschriften der NAFTA verletzen.

Alle von jedweder Regierungsebene eingeführten neuen Regulierungen können von an diesem Bereich interessierten Konzernen in Frage gestellt werden. Im Grunde genommen müssen unter den Investitionsregeln der WTO und der FTAA alle Regierungen darauf gefasst sein, teuer zu bezahlen für ihr Recht auf den Schutz von ökologischen, menschlichen und tierischen Gesundheitsbelangen.

Energiesicherheit

Die FTAA wird wahrscheinlich die umstrittenen Energievorschriften der NAFTA kopieren. Diese sind ein wesentlicher Teil der NAFTA, und es ist wichtig zu wissen, was mit dem NAFTA-Land geschehen ist, das diesen Sektor freigegeben hat, Kanada.

Seit der Unterzeichnung der NAFTA und ihres Vorgängervertrages, des Canada-U.S. Free Trade Agreement am 1. Januar 1988 hat sich Kanada auf eine umweltfeindliche, nicht nachhaltige, deregulierte kontinentale Energiepolitik festgelegt, die auf kurzfristigen, teuren Energieexporten basiert und von großen transnationalen Energiekonzernen kontrolliert wird. In beiden Verträgen unterschrieb Kanada eine 'Proportional Sharing' (Proportionale Aufteilungs)-Vereinbarung, was soviel heißt wie, dass die Ressourcen Kanadas gleichmäßig unter allen Ländern, die in der NAFTA vertreten sind, aufgeteilt werden müssen. Dieses 'proportional sharing' garantiert den USA 'auf ewig' Energielieferungen aus Kanada. Kanada kann sich nicht weigern, eine Exportlizenz zu erteilen, kann seine eigenen Sicherheitsvorschriften zur Sicherstellung einer ausreichenden Energieversorgung nicht einhalten, keine Untersuchungen zu den Auswirkungen der Exporte verlangen, keine Ausfuhrsteuern erheben oder höhere Preise für Exporte verlangen. Dadurch konkurrieren die kanadischen Verbraucher um ihre eigenen Energiereserven mit einer zehnmal größeren Wirtschaft, deren Reserven rapide schwinden und deren Nachfrage steigt. Diese Verträge haben zu einem spektakulären Anstieg des Verkaufs von kanadischem Erdgas auf dem US-amerikanischen Markt geführt. Ein Resultat davon ist, dass Kanada inzwischen über 60% seines Erdgases in die USA exportiert, gegenüber 25% vor weniger als zwei Jahrzehnten. Dieselbe Geschichte wiederholt sich im Erdölsektor.

Darüber hinaus - wie Aktivisten in Kanada aus einer GATS-Energieverhandlungsforderung der USA erfuhren, die ungewollt öffentlich wurde - ist es offensichtlich, dass die Bush-Regierung mithilfe des GATS-Abkommens die Deregulierung von Kanadas Energieversorgung erreichen will. Im Kern ist die Forderung, dass amerikanische Konzerne grünes Licht erhalten, jeglichen Bereich von Kanadas Energiewirtschaft zu übernehmen, und dazu die Neustrukturierung von Kanadas Elektrizitätssektor, so dass die gesamte Infrastruktur gezwungenermaßen für jeden zugänglich wird, der sie nutzen möchte. Dasselbe Modell hat in Kalifornien verheerende Auswirkungen gehabt. Es würde das Ende jedweder kanadischen Kontrolle über alle Aspekte seiner Energiepolitik bedeuten, auch das Ende der Zuständigkeit der Provinzregierungen für den Elektrizitätsbereich.

Wenn die GATS-Verhandlungsforderung der USA und die 'Proportional Sharing'-Vorschrift der NAFTA auf dem Wege über die FTAA auf die anderen Länder des amerikanischen Kontinents übertragen wird, werden viele weitere Nationalstaaten sich im selben Boot mit Kanada wiederfinden: sie werden die Kontrolle über ihre Energieressourcen und ihre Wasserkraft verlieren.

Sicherheit der Wasserversorgung

Wasser ist ein weiterer heiß umkämpfter Bereich. Wasser ist sowohl in der NAFTA als auch im GATS bereits als 'Ware' aufgeführt, als Investition in der NAFTA und wird im GATS und im FTAA als eine Dienstleistung aufgeführt werden, wenn es nach dem Willen der Fürstreiter geht.

Als die NAFTA verhandelt wurde verlangten die Gegner, dass Wasser eindeutig ausgenommen würde. Die Regierungen argumentierten damit, dass ja zu dieser Zeit in keinem der NAFTA Länder kommerziell mit Wasser gehandelt würde; deshalb sei Wasser so oder so schon in seinem 'natürlichen' Zustand geschützt. Kritiker argumentierten dagegen, dass jeglicher solcher Schutz bestenfalls vorübergehend sei und dass ab dem Moment, wo irgendeine Körperschaft beginnen würde, ihr Wasser zu kommerziellen Zwecken zu verkaufen, die zentralen Vorschriften der NAFTA (die nun in der FTAA kopiert werden) anwendbar würden; öffentlich verwaltetes Wasser wäre gefährdet.

Es gibt in der NAFTA drei zentrale Vorschriften – die auf die FTAA übertragen werden sollen – die die Wasserversorgung gefährden. Die Erste ist der Grundsatz der 'Inländerbehandlung', aufgrund derer kein Land bei der kommerziellen Nutzung der Wasserressourcen zugunsten seines eigenen privaten Sektors und zum Nachteil eines anderen Nutzers entscheiden darf. Ist einmal eine Erlaubnis an eine einheimische Gesellschaft erteilt, so können die 'Investoren' – d.h. die Konzerne anderer NAFTA-Länder dasselbe Nutzungsrecht für den kommerziellen Gebrauch dieses Wassers beanspruchen wie einheimische Unternehmen.

Die zweite Vorschrift ist Kapitel 11, die Klausel zum rechtlichen Verhältnis zwischen Investor und Staat. Es bezieht sich in zweierlei Hinsicht auf Wasser. Zum einen haben Gesellschaften in anderen NAFTA-Ländern das Recht, finanziellen Ausgleich einzuklagen, wenn irgendein Land, ein Bundesstaat oder eine Provinz die Genehmigung zum Wasserexport nur an einheimische Unternehmen erteilt. Zweitens würde, wenn irgendeine Regierung eines NAFTA-Landes Gesetze erlassen würde, die den massenhaften Export von Wasser verbieten würden, durch dieses Gesetz Wasser automatisch zu einem kommerziellen 'Warengut'. Die Rechte ausländischer Investoren in Kapitel 11 würden so durch genau das Gesetz in Kraft gesetzt, das diese Rechte eigentlich einschränken soll, und die Investoren könnten für entgangene Gewinne finanziellen Ausgleich verlangen.

Die dritte Bestimmung ist die des 'Proportional Sharing' (NAFTA, Kapitel 3, Absatz 15), die Bestimmung, die einen Energiemarkt geschaffen hat, der sich über den ganzen Kontinent erstreckt. Findet unter den Staaten der Handel mit Wasser erst einmal statt, müssten Exporte in der Höhe der Lieferungen während der ersten 36 Monate weiterhin garantiert werden. Je mehr Wasser exportiert wird, desto mehr Wasser kann für den weiteren Export gefordert werden, auch wenn sich herausstellt, dass der Export grosser Wassermengen beträchtliche ökologische Folgen hat. Länder wie Bolivien, die kurz davor stehen riesige Wassermengen ('bulk water') an Chile zu verkaufen, sollten das dringend beachten. Und alle Länder der

Hemisphäre sollten sich darüber im Klaren sein, dass Präsident Bush damit zitiert wird, dass er das Wasser Kanadas als Teil des amerikanischen Energienetzes sieht. Brasiliens Wasser wird er wohl kaum anders sehen.

Und nun stellen die neuen Dienstleistungsvereinbarungen der neuen WTO und FTAA eine ganz neue Bedrohung für einen anderen Aspekt der Wassernutzung dar – der städtischen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsdienstleistungen. Die europäische Gemeinschaft verlangt im Interesse ihrer großen Wasserunternehmen einen vollständig freien 'Marktzugang' und die gleichen Rechte wie einheimische Unternehmen ('Inländerbehandlung') für die Wasserdienstleistungen in 72 Ländern der Erde. Jedes Land, das Wasser unter diesen Bedingungen aufführt, würde unwiderruflich jegliche nationale Kontrolle über diese Wasserdienstleistungen verlieren und sie für die Übernahme und Privatisierung durch transnationale Wasserkonzerne öffnen. Um lokale Privatisierungen rückgängig zu machen, bräuchte ein Land das einstimmige Einverständnis aller WTO-Mitglieder – was offensichtlich praktisch unmöglich ist. Außerdem strebt die EU in diesem Bereich 'Regulierungsmaßnahmen' an, was bedeuten würde, dass ein Land, auch wenn es sich direkt weigert, Wasserdienstleistungen auf die Liste für die Verhandlungen zu setzen, einen Großteil der Möglichkeiten, eigene Richtlinien für die Wasserzulieferung festzulegen, verlieren würde. Tatsächlich würden selbst Kernprinzipien wie Universalität und öffentliches Versorgungswesen von der WTO als 'Handelshemmnis' beurteilt und damit verboten.

Die Einbeziehung des Wassers in diese zwei Vereinbarungen birgt für die Länder des Nordens von daher ein Risiko, dass die großen Wasserkonzerne – Vivendi, Suez und Thames/RWE – in den letzten Monaten Nordamerika und Europa ins Visier genommen haben. Sie wollen innerhalb eines Jahrzehnts die Kontrolle über 70 % der Wasserdienstleistungen innerhalb der 'Ersten Welt' gewinnen. Aber auch die in den Ländern der Dritten Welt vorangetriebene Privatisierung der Dienstleistungen im Wasserbereich stellt eine ernste Gefahr dar. Diese Wasserkonzerne operieren nun bereits in vielen armen Ländern der Welt, auch in Lateinamerika einschließlich von Chile, Uruguay, Argentinien und Brasilien, wo sie durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfond eingeführt wurden, die Privatisierung im Wasserbereich als Bedingung für Umschuldungsmaßnahmen festlegten. Diese Konzerne werden nun zusätzliche Rückendeckung durch die starken Handels- und Investitionsvereinbarungen und deren Durchsetzungsmechanismen erhalten. Bereits jetzt sterben Millionen von Menschen durch den Mangel an sauberem Wasser; wenn sie den Unternehmen auch noch horrendes Profite zahlen müssen, werden noch mehr Menschen bedroht sein.

Bei genauerem Hinsehen, zeigt sich, dass die GATS-Forderungen der EU nach Marktöffnungen im Bereich Wasser in erster Linie die Übernahme von rentablen, öffentlichen Wasserversorgungsbetrieben in vielen lateinamerikanischen Ländern durch die größten europäischen Wasserunternehmen zum Ziel hat. Ein Hauptziel für die Markterweiterung der EU ist beispielsweise Brasilien, dort werden 3.800 der 5.517 Gemeinden durch staatliche Wasserunternehmen versorgt, die restlichen Gemeinden bekommen ihr Wasser über städtische Versorgungsbetriebe oder Kooperativen. Laut der Internationalen Forschungsgesellschaft für Öffentliche Dienste (Public Services international Research Unit, PSIRU) zielen die EU-Anfragen auf einige der besten Beispiele öffentlicher Wasserversorgungssysteme Lateinamerikas ab, wie der gemeinschaftlich getragene

Wasserversorgungsbetrieb in Porto Alegre, Brasilien, wie auch im ganzen brasilianischen Staat Rio Grande do Sol, die Wasserversorgungskooperative in Santa Cruz, Bolivien, und die erfolgreich umstrukturierte staatseigene Wassergesellschaft in Tegucigalpa, Honduras, in der Effizienz und Management enorm verbessert wurden. Damit nicht genug: Die EU-Anfragen im Hinblick auf Marktzugang zu Wasserdienstleistungen beziehen sich auf Länder wie Bolivien, Panama und Paraguay, in denen die Menschen ihren Unwillen gegenüber der Wasserprivatisierung bereits auf demokratischem Weg deutlich gemacht haben.

Nahrungssicherheit

Die Landwirte des amerikanischen Kontinents haben bereits das ganze Ausmaß des globalen Wettbewerbs zu spüren bekommen durch die tiefgreifenden Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF sowie den landwirtschaftlichen Bestimmungen der WTO. Landwirtschaft wird völlig umdefiniert zu Agribusiness. Nun wird die FTAA mit ihren zerstörerischen Kräften dazukommen. Die Menschen Lateinamerikas würden gut daran tun, sich die von Kanada und Mexiko mit der NAFTA gemachten Erfahrungen anzuschauen.

Auf vielerlei Weise haben die Menschen der drei NAFTA-Staaten bisher schon einen hohen Preis für die derzeitigen Handelsvereinbarungen gezahlt, was ihre Nahrungssicherheit und die wirtschaftliche Sicherheit von bäuerlichen Gemeinden angeht. Die kanadische und die mexikanische Regierung haben landwirtschaftliche Subventionen und Einkommen wesentlich drastischer und schneller gekürzt, als ihre Haupthandelspartner, die QUAD-Länder. Europäische Weizenanbauer erhalten zum Beispiel im Vergleich zu den kanadischen Landwirten, die dreifache Mengen an Subventionen, ihre amerikanischen Kollegen bekommen das Doppelte. Das Ergebnis ist, dass Kanada im Vergleich zu 1988, als die erste Handelsvereinbarung unterschrieben wurde, 60.000 weniger Landwirte hat. Obwohl sich die kanadischen Exporte in dieser Zeit mehr als verdoppelt haben, verdient ein kanadischer Landwirt im Schnitt 22% weniger. In Mexiko vertrieben die ersten vier Jahre der NAFTA schätzungsweise 15 Millionen Menschen von ihrem Grund und Boden. Und während in Mexiko die Preise für Hauptnahrungsmittel zwischen 1994 und 2001 stiegen, fiel der Preis, den mexikanische Getreidebauern erhielten, um 48%.

Landwirte arbeiten nicht mehr primär für die Nahrungsmittelproduktion für andere Menschen, ihre Aufgabe ist nun eher, Gewinne für Lebensmittelkonzerne einzufahren. Nahrungsmittel, die auf einem nordamerikanischen Teller liegen, sind in Schnitt 2400 Kilometer unterwegs, bevor sie auf dem Esstisch landen. Die Idee von lokalen Produzenten, die Gemeinden vor Ort im Gegenzug für deren finanzielle Unterstützung versorgen, verschwindet zunehmend. Das Ausbluten des ländlichen Nordamerika ist das unausweichliche und tragische Ergebnis davon.

Weil die WTO Import- und Exportkontrollen verbietet, können nur die Großen - große Bauernhöfe, große Länder, große Unternehmen - überleben. Nordamerika hat transnationalen, landwirtschaftlichen Lebensmittelunternehmen ('agrifood corporations') erlaubt, nach ihren eigenen Grundsätzen vorzugehen, dabei hunderte und tausende von Bauernfamilien von ihrem Familienbesitz zu vertreiben und viele Bereiche zu dominieren. In den USA verschwanden allein 33.000 Familienbetriebe mit einem Jahreseinkommen unter 100.000 US-\$ innerhalb von sieben Jahren nach Einführung der NAFTA. Trotzdem hat die US-Regierung wiederholt bei der WTO das Nahrungsversorgungsmanagement und das System der Vermarktungsausschüsse von Kanada und Mexiko als unfaire Handelspraxis angefochten – also gerade die Systeme,

die den Bauern faire Preise für ihre Produkte garantieren. Die USA beabsichtigt, die neuen Handelsgespräche zu nutzen, um erhöhten Druck auf die verbliebenen Vermarktungsausschüsse Kanadas auszuüben, insbesondere bezüglich der Milch- und Eierwirtschaft.

Inzwischen machen sich die landwirtschaftlichen Fabriken in großem Stil in Nordamerika breit. Diese Unternehmen betreiben Intensivtierhaltung nach dem Modell der industriellen Landwirtschaft. 2% aller schweinehaltenden Unternehmen kontrollieren in den USA fast die Hälfte des gesamten Schweinebestandes. Zu den Folgen für Umwelt und Gesundheit gehören bei dieser Form der Tierhaltung verschmutztes Wasser, giftige Gase und ein erhöhtes Gesundheitsrisiko für Mensch und Tier durch den Missbrauch von Antibiotika und Hormonen. Die vorgeschlagenen neuen Beschränkungen der Regulierung innerstaatlicher Politik ('domestic regulations') in der WTO und der FTAA würden es Regierungen sehr viel schwerer machen, eine Gesetzgebung einzuführen, die zur Kontrolle der industriellen fabrikähnlichen Tierhaltung nötig wäre.

Die Handelsabkommen haben die Regierungen dazu ermutigt, den Anbau von gentechnisch veränderten Lebensmitteln zu fördern und die transnationalen, agrarischen Lebensmittelunternehmen zu unterstützen, die sie produzieren. Zugleich raten sie Regierungen davon ab, Gesetze einzuführen, die diese Technologie kontrollieren. Zum Beispiel hat die kanadische Regierung sich konstant geweigert, gentechnisch veränderte Nahrungsmittel zu kennzeichnen, obwohl Umfragen zeigen, dass 95% der Kanadier dies befürworten. Die Zahlen in den USA sind ABC-News zufolge ähnlich – 93% der Amerikaner würden eine entsprechende Etikettierung befürworten.

Sicherheit im kulturellen Bereich

Die Dienstleistungsvereinbarungen von WTO und NAFTA sind beide dazu geeignet, diejenigen Regierungen der Welt zur Zielscheibe zu machen, die ihr kulturelles Leben, sowohl kommerzielles als auch nichtkommerzielles, schützen und ihre kulturelle Vielfalt fördern wollen. Kultur wird in beiden Vereinbarungen, dem GATS und den Dienstleistungsvereinbarungen des FTAA als Dienstleistung betrachtet. Dies geschieht deshalb, weil die USA in der Kultur ein riesiges Geschäft sehen, das den Regeln des Marktes unterworfen werden soll. Tatsächlich sind die in Massenproduktion hergestellten Waren der amerikanischen Popkultur laut den jüngsten UN-Entwicklungsberichten (Human Development Reports) der derzeit größte Exportartikel der USA.

Die USA wollen diese Handelsverträge nutzen, um bisher unerschlossene Märkte für ihre Unterhaltungsindustrie zu öffnen und um andere Regierungen an einer Politik zu hindern, die regionale Kultur und Tradition schützt. Eine riesige, bestens organisierte Koalition, hat sich aus US-Unterhaltungsindustrie, Medienkonzernen und Unternehmen der Informationstechnologie gebildet, die gemeinsam gegen kulturelle Schutzmaßnahmen in anderen Ländern angehen. Gesellschaften wie Time-Warner und Disney haben mächtige Freunde im Kapitol sitzen und arbeiten eng mit der US-Handelsvertretung zusammen. Das US-State Department benützt seit Jahren eine Vielfalt von Handelsgesetzen, um nationalstaatliche und lokale Regeln zum Schutz lokaler und nationaler Kulturproduzenten nach und nach niederzureißen.

Beispielsweise nutzten die USA eine WTO-Forderung, um den letzten kanadischen Schutz des schwindenden Zeitschriftensektors niederzuschlagen. (Amerikanische Zeitschriften machen über 90% der verkauften Zeitschriften in Kanada aus.) Nun wollen die USA (und überraschenderweise auch die EU, die im GATS Verlagswesen Rundfunk-, Film- und Fernsehindustrie als Forderung zur Marktöffnung für viele Staaten angeführt haben) die Einschränkung des 'kulturellen Protektionismus' durch die Ausdehnung der 'Inländerbehandlung' auf kulturelle Subventionen. Dies würde Regierungen, die inländische Kultur unterstützen, sehr wirkungsvoll zur gleichwertigen Unterstützung der Konglomerate ausländischer Unterhaltungsindustrie zwingen und das wiederum würde die herkömmliche Kultur und Traditionen vieler Länder bedrohen.

In Lateinamerika, Asien und Afrika haben die Auswirkungen der unternehmensgesteuerten Globalisierung bereits dazu geführt, dass auch dort die jungen Menschen alle Konsumgüter und Unterhaltungsprodukte der Weltwirtschaftsmacht USA nachfragen. Hollywoodfilme, die globale Musikindustrie, das Fernsehen sowie für die Massen produzierte Bücher und Computerspiele verhelfen einer homogenen Kultur dazu, über den ganzen Globus hinweg Fuß zu fassen. Die westliche, unternehmensorientierte Kultur zerstört lokale Traditionen, Wissen, Fertigkeiten, Kunsthandwerke und Werte.

Aber es gibt eine Gegenbewegung. In vielen Teilen der Welt entsteht ein wachsendes Gefühl dafür, dass Kultur mehr ist als nur ein weiteres Produkt wie Stahl oder Computerteile. Durch Förderprogramme, Inhaltsregelungen und andere Mechanismen der Politik ermutigen viele Länder ihre eigenen Künstler, Schriftsteller und Musiker, die eigenen Traditionen zu schützen und zu bewahren. Eine steigende Zahl an Menschen betrachtet Kultur als ihren wertvollsten Besitz, ohne den sie weder Wurzeln noch Seele hätten. Für viele ist der Wert von Kultur nicht über Geld zu messen; Kultur zu kommodifizieren, d.h. zur Ware zu machen, bedeutet sie zu zerstören.

Auf der ganzen Welt trifft das in besonderem Maße auf die indigenen Völker und Kulturen zu, deren Traditionen und Landbesitz unter anhaltender Bedrohung stehen. Indigene Sprachen gehen mit atemberaubender Geschwindigkeit verloren und das Erbe der natürlichen Ressourcen dieser Urbevölkerungen wird im Namen des Wettbewerbs und Wirtschaftswachstum geplündert. Es ist daher nicht überraschend, dass gerade die indigenen Völker an der vordersten Front gegen die brutale Politik der wirtschaftlichen Globalisierung vorgehen.

Als das NAFTA am 1. Januar 1994 in Kraft trat, wurde das mexikanische Recht auf Landbesitz aufgehoben. Ein von den einheimischen Zapatisten initiiertes Aufstand machte die Welt darauf aufmerksam, dass die Urbevölkerung (First Nations People) ihre traditionellen Rechte nicht im Namen der Wettbewerbspolitik aufgeben würden. Auf den Philippinen stand die Urbevölkerung auf gegen den empörenden Erlass bezüglich des Bergbaus von 1995, der ausländische Bergbaugesellschaften dazu berechtigte, historische Verträge und Landansprüche für ungültig zu erklären. In Bolivien wurde der Widerstand gegen die Wasserprivatisierung von indigenen Völkern angeführt. In Indien standen indigene Volksgruppen in vorderster Linie der Anti-Stausee-Bewegung, und riskierten dabei oft sogar ihr Leben, um das Projekt aufzuhalten. In ganz Lateinamerika kämpfen indigene Bevölkerungsgruppen gegen den Raub ihres Saatguts und ihrer genetischen Erbes, die häufig vom TRIPS der WTO betroffen sind.

Für viele indigene Gruppen, die weltweit die todbringende und gleichmachende Wirkung der wirtschaftlichen Globalisierung spüren, sind die kulturelle Vielfalt und das Recht auf ihren Schutz ebenso wichtig geworden wie der Schutz der Artenvielfalt.

Allgemeine Sicherheit

Die gefährliche Kombination von WTO und FTAA wird, in der gegenwärtigen Version, mit hoher Wahrscheinlichkeit die Remilitarisierung Lateinamerikas beschleunigen. Historisch gesehen haben die USA konsequent militärische Macht in Lateinamerika ausgeübt, wenn die eigenen wirtschaftlichen und Unternehmensinteressen bedroht waren. Diese Politik geht auf die Monroe-Doktrin von 1823 zurück, als Präsident James Monroe Lateinamerika für alle anderen Kolonialmächte zu 'verbotenem Gebiet' erklärte. Seitdem haben nachfolgende US-Regierungen die Monroe-Doktrin immer zur Rechtfertigung militärischer Interventionen herangezogen, wenn das dem Schutz von US-Unternehmen in Lateinamerika diene, wie beispielsweise der United Fruit Company in Guatemala in den 1920ern und der ITT in Chile in den frühen 1970ern, oder um USA-freundliche Diktatoren zu unterstützen und Stellvertreter-Armeen wie die Kontras in Nicaragua aufzustellen.

Neoliberale Handelsregime wie die WTO und die FTAA sind heutzutage so konzipiert, dass sie Militarismus und globales Wettrüsten unterstützen und schützen. Bestandteil aller modernen Handelsregime ist eine Befreiungsklausel bezüglich Sicherheitsfragen (die sogenannte 'security-exception' clause), die jeder Regierung zum Schutz ihres nationalen Sicherheitsinteresses notwendig scheinende Handlungsoptionen erlaubt. Entsprechend dem gängigen Wortlaut aus Artikel XXI des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) umfasst dies 'den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsgerät sowie den Vertrieb anderer Güter und Materialien, die weiterverwendet werden, um militärische Einrichtungen zu beliefern [oder] die in Kriegszeiten oder anderen Notfallsituationen in internationalen Beziehungen genutzt werden'. Mit anderen Worten: die 'Befreiungsklausel' bezüglich Sicherheitsfragen, die sowohl in der WTO als auch der FTAA enthalten ist, versieht Militärmächte wie die USA mit dem nötigen Werkzeug, um die Waffenindustrie und den militärischen Aufbau in Lateinamerika schon alleine durch den Handel anzuheizen.

1994 wurde von Präsident Bill Clinton aufgrund erheblichen Drucks der US-Waffenhersteller ein Moratorium, das seit 1977 in Kraft war, bezüglich der Ausfuhr moderner Waffen ('advanced weaponry') nach Lateinamerika aufgehoben. In der Mitte der 1990er Jahre waren die USA bereits der größte Lieferant für militärische Waffen in Lateinamerika und kontrollierten über 25% des Waffenhandels in dieser Region, dreimal mehr als jedes andere Land. Die US-Waffenindustrie wollte jedoch ihren Markt mit dem Argument, sie müssten die konkurrierenden Waffenlieferanten aus dieser Region vertreiben, weiter ausdehnen. In dieser Ära nach dem kalten Krieg war nicht Russland der Hauptkonkurrent der US-Waffenindustrie, sondern die Europäische Union. In der Tat fand das globale Wettrennen um Waffen zwischen der EU und den USA statt: um Lateinamerika als einem neu zu erobernden Markt. Die jährlichen Militärausgaben dieser Region stiegen; Brasilien, Chile, Peru und Mexiko waren unter den größten Waffenkäufern.

Heute ist der 'Plan Kolumbien' das beste Beispiel eines US-geführten Aufbaus eines Militärapparates in Lateinamerika. Dabei haben die USA Kolumbien mit einem 'Militärhilfepaket'

beliefert, um die Regierung in ihrem Kampf gegen Drogen und dem Kampf mit linken Guerillabewegungen im Land zu unterstützen. Das US-'Militärhilfpaket' enthält neue Kriegshubschrauber und Gelder für private Militärunternehmen, die die kolumbianischen Streitkräfte trainieren. Für die USA besteht jedoch die strategisch höchststehende Priorität in der Wahrung der Interessen ihrer Ölfirmen in Kolumbien. In Washington war der Hauptbefürworter des 'Plan Kolumbien' Occidental Petroleum, die mit den anderen Gesellschaften wie Enron, BP Amoco und Colgate Palmolive das US-'Militärhilfpaket' durch Lobbyarbeit voranbrachten. Inzwischen profitieren Waffenhersteller wie United Technologies und Bell Helicopter, die enge, politische Bindungen zum Kapitol haben, direkt von den Waffenverkäufen. Das Unternehmen Bell Helicopter, das jetzt als Teil des 'Plans Kolumbien' Helikopter liefert, hat zum Beispiel den früheren US-Botschafter für Kolumbien als seinen wichtigsten Lobbyisten in Washington angestellt. Für viele Lateinamerikaner symbolisiert der 'Plan Kolumbien' die Ängste der Menschen vor einer Remilitarisierung der Region. Schließlich brauchte es Jahrzehnte der Kämpfe und des Widerstandes von Seiten der Bevölkerung, um die militärischen und nationalen Diktaturen loszuwerden, die Lateinamerika für den Großteil des 20. Jahrhunderts beherrschten. Dieser Trend zur Remilitarisierung wird sich jedoch unter dem gemeinsamen Einfluss von FTAA und WTO mehr als wahrscheinlich verstärken. Durch diese zwei Handelsregime wird nicht nur die Benutzung des Waffenhandels, um Unternehmensinteressen zu verfolgen und zu sichern, weiter abgesichert, sondern das Recht dazu wird gar zu internationalem Gesetz. Überdies würde jeder Versuch, das Anheizen des Wettrüstens oder des militärischen Wiederaufbaus in Lateinamerika aufzuhalten, mit dem ganzen Gewicht der bindenden Durchsetzungsmechanismen von FTAA und WTO und ihrer unterschiedlichen Varianten an wirtschaftlichen Sanktionen beantwortet werden.

Welche Auswirkungen könnte die Handelspolitik der WTO und der FTAA haben?

In den lateinamerikanischen Ländern haben die Menschen begonnen, von der FTAA und der WTO als dem 'zweiköpfigen Ungeheuer' des Freihandels bzw. der globalen Weltwirtschaft zu sprechen. Der Einfluss der NAFTA auf Mexiko hat offiziellen Regierungsdaten zufolge allein in den letzten 9 Jahren gezeigt, dass Freihandelsregime wie dieses für arme Länder besonders verheerend sein können. Während der Zeit unter der NAFTA hatte Mexiko die geringsten jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts, vergleicht man die Daten mit denen von anderen innerhalb des letzten Jahrhunderts angewendeten Wirtschaftskonzepten. Die meisten der in den ersten sieben Jahren des NAFTA geschaffenen Arbeitsplätze waren schlechte Jobs: wenig Arbeitsplatzsicherheit, lange Arbeitstage, Zeitverträge und weniger Sozialabgaben als gesetzlich vorgeschrieben. Im landwirtschaftlichen Sektor wurden mehr als eine Million Landarbeiter und Kleinbauern vertrieben und verloren dabei ihr Land und ihren Lebensunterhalt, zum Großteil weil sie im Wettbewerb mit der Flut von stark subventionierten landwirtschaftlichen Importen aus den USA nicht mehr mithalten konnten.

Das zweiköpfige Ungeheuer

Natürlich ist das nur die Spitze des Eisberges. Unter dem 'zweiköpfigen Ungeheuer' aus FTAA und WTO wird sich die 'race to the bottom' (Wettlauf nach unten) der NAFTA weiter verschärfen: Ausgebeutete Arbeiter und Bauern in Mexiko werden sich messen müssen mit noch verzweifelteren Arbeiter und Bauern in Haiti, Guatemala oder Brasilien. Wenn die NAFTA

ein Anhaltspunkt ist, wird sich der gemeinsame Einfluss der beiden vorgeschlagenen Handelsregeln der FTAA und WTO noch zerstörerischer auf die Entwicklungsländer des amerikanischen Kontinents im Hinblick auf ökonomische, soziale, Nahrungs-, Umwelt- und die allgemeine Sicherheit auswirken, als dies die NAFTA bereits getan hat. Außerdem gibt es Anzeichen dafür, dass Regierungen und ihre Verhandlungsführer begonnen haben, sich über diese potentiellen Bedrohungen Gedanken zu machen. Deshalb wurde beispielsweise dem erheblichen Unterschied zwischen reichen und armen Ländern unter diesen Freihandelsregimes beim Treffen des Verhandlungskomitees der FTAA im April 2003 auf einmal größere Beachtung geschenkt. Aber wir dürfen noch viele weitere Schachzüge erwarten, während die Politik in den Wirtschaftsverhandlungen in der WTO und der FTAA ihre Vorstellungen gibt.

Momentan ist ein Hauptproblem derjenigen, die die Weiterentwicklung der WTO und der FTAA am meisten vorantreiben der fehlende Schwung in den Verhandlungen. In der WTO-Szene hat die Meinungsverschiedenheit zwischen einigen europäischen Schlüsseländern und den USA über den Irakkrieg und den Wiederaufbau zu ernsthaften politischen Spannungen geführt, die sich auch auf die Vorverhandlungen für Cancun auswirken. In der FTAA-Szene kann die unnachgiebige Haltung Brasiliens gegenüber den USA seit der Wahl Lulas zum Präsidenten wenigstens eine Verlangsamung und vielleicht sogar ein Scheitern der FTAA-Verhandlungen bewirken. Ferner könnte der sich verschlechternde Zustand der US-Wirtschaft, der mit zahlreichen protektionistischen Maßnahmen von Seiten Washingtons einhergeht (beispielsweise das neue Agrargesetz der USA (die 'Farm Bill') oder die Erhöhung der Stahltarife), dazu führen, dass sich die Uneinigkeiten, die zum Abklingen des Schwungs beitragen, verschärfen. All dies könnte sich jedoch schnell ändern, da enorme Anstrengungen unternommen werden, um in Cancun und Miami wieder neuen Schwung in die Verhandlungen zu bringen. Dennoch ist es nach wie vor lohnenswert, die Strategien zu prüfen, die im Spannungsfeld dieser beiden Ereignisse der Handelspolitik möglich wären.

Die WTO erlaubt ihren Mitgliedsländern die Beteiligung an regionalen Handelsregimen nur, wenn diese regionalen Vereinbarungen einen bestimmten Sektor durchweg betreffen und wenn die Liberalisierungen weitreichender sind, als die WTO-Regeln es festlegen. Dies bedeutet, dass die FTAA weitreichender als die WTO sein muss oder zumindest den Liberalisierungsrichtlinien der WTO gerecht werden muss. Mit diesen Spielregeln im Rücken sind die USA, die EU und andere große Wirtschaftsmächte in der Lage, auf einem Verhandlungsschauplatz einmal erzielte Erfolg in einem anderen Abkommen für den Verhandlungsprozess zu nutzen. Wenn zum Beispiel die USA in der Lage ist, durch die FTAA strengere Regeln für geistige Eigentumsrechte zu erreichen, kann dies als neue Richtlinie für weitere Fortschritte in dieser Richtung bei der WTO benutzt werden. Auf diesem Weg werden die USA und andere Wirtschaftsmächte zahlreiche bilaterale, regionale und multinationale Ereignisse gegeneinander ausspielen können bei dem Versuch, ihren Einfluss und ihre Profite zu maximieren.

Da die FTAA- und WTO-Verhandlungen durch die Deadline 2005 unter Druck geraten, können wir erwarten, dass auf beiden Schauplätzen Verhandlungstaktiken dieser Art ins Spiel kommen, um mit dem Themen, die am kontroversesten diskutiert werden, schließlich zurecht zu kommen. Nehmen wir zum Beispiel die Landwirtschaft. Die USA haben mit den FTAA-Verhandlungen die Grundlage gelegt, um die EU herauszufordern und zu zwingen ihre

Agrarsubventionen erheblich zu reduzieren, sie letztendlich zu demontieren. Innerhalb der FTAA sind durch die negativen Auswirkungen der NAFTA für die Landwirtschaft und die mexikanische Landbevölkerung, kombiniert mit den negativen Auswirkungen des neuen amerikanischen Agrargesetzes auf brasilianische Landarbeiter, ebenfalls Konflikte entstanden. Nun scheint es so, dass die Staaten des amerikanischen Kontinents ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen im Bereich der Landwirtschaft in der FTAA an einen Erfolg der WTO knüpfen, die Agrarsubventionen zu kürzen. Bis in der WTO Fortschritte erzielt werden, was bedeuten würde, dass die EU ihre Exportsubventionen drastisch zusammenstreichen müssten, wird die Liberalisierung der Landwirtschaft also stagnieren.

Der panamerikanische Machtkampf

Brasilien, als der Hauptgegenspieler der USA bei den-FTAA Verhandlungen, wird die WTO-Verhandlungen auch als Bühne benützen, um an Einfluss zu gewinnen. Gegenwärtig sind Venezuela und Argentinien, Brasiliens stärkste Partner in Lateinamerika, mit ihren eigenen wirtschaftlichen Problemen beschäftigt. Brasilien braucht Verbündete und wird, wie einige behaupten, in der größeren Arena der WTO eine bessere Chance haben, sie zu finden. Brasilien könnte auch eine zentrale Rolle beim Hinauszögern der FTAA-Verhandlungen spielen, indem es darauf besteht, dass zuvor ein bilaterales Handelsabkommen zwischen den USA und Mercosur verhandelt und abgeschlossen werden muss. Beamte der Lula-Regierung haben erklärt, dass die neue Regierung innerhalb der nächsten acht Jahre ein 100-Milliarden-US-\$ schweres Handelsabkommen zwischen Brasilien und den USA durchsetzen wolle. Brasilianischen Regierungsmitglieder sagen, auch sie wollten eine FTAA, die in der Lage sein sollte, Agrarsubventionen zu behandeln; US-Beamte dagegen beharren darauf, dass dies wegen der Haltung der EU und deren Auswirkungen auf die USA zuerst durch die WTO gelöst werden müsse. Zusammen genommen hat all dies in eine Sackgasse geführt. Mittlerweile behaupten manche brasilianischen Regierungsvertreter, es sei besser, die FTAA insgesamt fallen zu lassen und einen größeren, mächtigeren Mercosur zu schaffen, der den Freihandel durch das Einreichen von Beschwerden gegen die USA bei der WTO effektiver durchsetzen könnte.

Dazu kommt noch, dass die Lula-Regierung kürzlich eine große diplomatische Offensive gestartet hat, um Mercosur als den führenden südamerikanischen Handelsblock neu aufzubauen. Nach zehnjährigem Bestehen erschien Mercosur zur Zeit des letzten Gipfeltreffens 2001 zu schwach und hoffnungslos zerstritten durch regionale Währungseinbrüche und Handelsstreits. Heute steht Mercosur dank Lulas energischer Diplomatie kurz vor einer durchgreifenden Wiederbelebung. Nach einem Treffen mit Lula Ende April 2003, versicherte Venezuelas Präsident Hugo Chavez die Absicht seines Landes, Mercosur beizutreten. In Argentinien eröffnet die kürzliche Einsetzung der Regierung von Staatspräsident Nestor Kirchner weitere Chancen zur Stärkung der subregionalen Handelsbeziehungen. Im Moment zeigen auch die Gespräche Lulas mit Präsident Vicente Fox an, dass Mexiko vielleicht ebenso nach anderen Möglichkeiten sucht, als durch die NAFTA allein in die Einflussphäre der USA eingebunden zu sein. Für die neue Lula-Regierung in Brasilien ist jedoch die Stärkung des Mercosur nicht nur eine Reaktion auf den gegenwärtigen Unilateralismus der Bush-Regierung, in Washington. Im Gegenteil, sie ist Teil eines lange gehegten Traumes von der Schaffung einer stärkeren ökonomischen, sozialen und politischen Bindung der Völker Lateinamerikas untereinander. Ein lebensfähigerer Mercosur würde seinen

Mitgliedsländern erlauben, bei den Verhandlungen mit Washington eine geschlossener Front zu bilden.

Auf jeden Fall wird Brasilien Zeit und eine bessere Position für sich selbst für spätere Verhandlungen mit den USA gewinnen, wenn es jetzt seine Energie für die Stärkung des Mercosur und für die Suche nach neuen Verbündeten in der WTO aufwendet. Das bringt allerdings wiederum ein anderes Dilemma mit sich. Die öffentliche Ablehnung der FTAA in Brasilien ist zwar sehr stark, aber die WTO als möglicher Ausweg ist nicht notwendigerweise eine annehmbare Alternative. Nehmen wir zum Beispiel das Thema rund um die Übernahme oder Privatisierung öffentlicher Dienste, wie zum Beispiel Wasser, durch Konzerne. Die drei großen Wassergesellschaften – Suez, Vivendi und RWE/Thames – die General Motors, Fords und Chryslers des globalen Wassergeschäfts – haben alle ihren Sitz in Europa. Diese Wasserbarone haben sicher vor, von den neuen GATS-Regelungen in der WTO Gebrauch zu machen, um die Wasserversorgung in Ländern wie Brasilien für ihre Übernahme zu öffnen. In ihren Bemühungen werden sie volle Rückendeckung durch die EU bekommen, die wie in den vorangegangenen Abschnitten deutlich wurde, nachdrücklich versuchte, dafür zu sorgen, dass der Dienstleistungssektor Wasser durch die neuen erweiterten GATS-Regelungen abgedeckt wird. Dasselbe ist bei der Telekommunikationsindustrie der Fall und mehreren anderen Sektoren der globalen Wirtschaft, an denen auch andere Handelsblöcke wie Europa und Japan starkes wirtschaftliches Interesse haben. Deshalb ist es wichtig, das Bild des 'zweiköpfigen Ungeheuers' im Bewußtsein zu haben, wenn man versucht, zwischen den Kräften, die in der FTAA und der WTO wirken, zu unterscheiden.

Wie auch immer, die Machtspiele, die im Moment zwischen den USA und Brasilien im Gange sind, werden sich im Vorfeld von Cancun und Miami durch eine Reihe von kleineren Kämpfen weiter aufheizen. Um frischen Wind in die FTAA-Verhandlungen zu bringen, wurden höhere Beamte des Weißen Hauses einschließlich des Finanzministers John Snow und des US-Handelsbeauftragten Robert Zoellick im April und März 2003 nach Brasilien geschickt zu Gesprächen auf höchster Ebene. Bisher scheint die Lula-Regierung bei ihrer Überzeugung zu bleiben, dass, solange keine befriedigende Lösung für die schwierige Frage der US-Agrarsubventionen gefunden ist, kein weiterer Fortschritt in den FTAA-Verhandlungen möglich sein wird. Die USA auf der anderen Seite beharren darauf, dass dieses Problem nur innerhalb der WTO gelöst werden könne, was natürlich bedeutet, dass das System der hohen Agrarsubventionen der EU ebenso gekippt werden soll. Währenddessen ist Washington dabei, sein Spiel mit harten Bandagen mit Mexiko City zu verstärken, und verlangt, dass Mexiko seine NAFTA-Verpflichtungen schließlich erfüllt und die Zölle auf US-Agrarimporte weiter senkt, trotz des Schadens, den diese Maßnahmen für den Lebensunterhalt der Bauern bedeutet. Dies sind zusammen mit anderen umstrittenen Themen deutliche Anzeichen dafür, dass die Deadline für die WTO- und FTAA-Verhandlungen am 1. Januar 2005 vielleicht nicht eingehalten werden kann.

Die Lula-Regierung in Brasilien hat auch neue Eckpunkte und Bedingungen für die FTAA-Verhandlungen aufgestellt. Auf den G-8 Treffen in Evian, Frankreich, forderte Lula die Schaffung eines neuen multilateralen Fonds, um in Lateinamerika benötigte Investitionen zu tätigen. Er wies auch darauf hin, dass die Hilfe der USA ein notwendiger Beitrag an Brasilien für die Weiterführung der FTAA-Verhandlungen sei. Brasilien hat zudem auch vorgeschlagen, dass ein neuer Zeitplan für die Fertigstellung der FTAA entwickelt werden sollte, der statt der

bisherigen Deadline im Januar 2005 einen entzerrten Ablauf vorsieht und die Entwicklungen in der WTO miteinbeziehen würde. Man sollte dabei aber nie vergessen, dass die Grundlagen für die FTAA schon durch andere mächtige Institutionen und Organisationen gelegt sind. Hinter den Kulissen erhalten transnationale Konzerne aus dem Norden freien Zugang zu den Ressourcen und Märkten in Lateinamerika, durch Bedingungen, die die Exportkreditanstalten der Regierungen des Nordens, die Weltbank, der IWF und Multilaterale Entwicklungsbanken und die Privatisierung von Öffentlichen Diensten in Form von öffentlich-rechtlichen Partnerschaften bereits geschaffen haben. Durch diese und vergleichbare Prozesse ist vieles der FTAA-Infrastruktur heute schon Realität, noch bevor das Abkommen überhaupt fertig verhandelt und ratifiziert wurden.

Den USA stehen natürlich noch andere Machtmittel zur Verfügung, die sie benützen könnten, um Brasilien und andere Länder auf Kurs zu bringen, einschließlich der Weltbank und des IWF. Ein weiteres Machtmittel ist das Millennium Challenge Account (MCA), das Präsident Bush während der United Nations Conference on Financing for Development in Monterey, Mexiko zum ersten Mal ankündigte. Die Aufgabe des MCA wäre, Fonds für arme Länder bereitzustellen, um deren 'Fähigkeit', an Handelsgesprächen 'teilzunehmen, zu verbessern'. Dieses Programm basiert auf der Annahme, dass diejenigen Entwicklungsländer, die das Freihandelsmodell weiterhin ablehnen, in Wahrheit nur dessen tatsächlichen Nutzen übersehen. Das MCA würde genutzt, um dieses angebliche Mißverständnis auszuräumen. Bei dem FTAA-Treffen in Quito haben die USA ein entsprechendes Programm für die Entwicklungsländer des amerikanischen Kontinents vorgestellt, das Hemispheric Cooperation Program (HCP). Beide, das MCA und das HCP würden durch das US-National Security Council geleitet werden und könnten bei der Gestaltung der Ergebnisse der globalen Handelsgespräche in der WTO und der FTAA eine große Rolle spielen.

Die ganz großen Machtmittel der USA finden sich aktuell in der neuen Unilateralismus-Doktrin von Präsident Bush und in der 'national security'-Agenda, die das Vorantreiben des Handels und den Krieg gegen den Terrorismus eng miteinander verknüpft. Mit der Invasion im Irak haben es die USA sowohl geschafft, sich selber zum Polizisten der Welt zu ernennen, als auch der bisherigen, multilateral geprägten Außenpolitik ein Ende zu machen. Wie mit dem Krieg gegen den Terrorismus so ist es auch mit dem Voranbringen der weltweiten Handelsagenda – Länder sind entweder für oder gegen die USA. Im Vorfeld und bei der letzten Ministerkonferenz der WTO in Doha, hat sich Washington nicht gescheut, den Handel und den Kampf gegen den Terrorismus zu verknüpfen, um damit Druck auszuüben auf die Länder, die bei entscheidenden Themen unentschlossen waren. In letzter Zeit müssen die Länder, die die USA und Großbritannien im Krieg gegen den Irak nicht unterstützen, mit verschiedenen Formen der Vergeltung für ihr Verhalten durch Handelsmaßnahmen rechnen. Mexiko und Chile zum Beispiel waren im Handelsbereich sicher angreifbar, nachdem sie ihre Haltung gegen die unilaterale Militäraktion der USA ausgesprochen hatten. Teilweise erklärt dies die Verzögerung in der Ratifizierung des bilateralen Handelsvertrages mit Chile. Letzten Endes ratifizierte die Bush-Regierung das Abkommen zuletzt doch, in der Erkenntnis, dass, wenn sie es nicht tun würde, das nur Brasilien freie Hand geben würde bei der Stärkung eines sub-regionalen Handelsblocks um Mercosur.

Warten auf Demokratie

In der Zwischenzeit wird die Lobbymaschine der Konzerne sowohl für Cancun als auch für Miami auf Hochtouren laufen, um durchzusetzen, dass ihre Agenda für neue Regeln in der WTO und der FTAA zum Jahresanfang 2005 reif für die Umsetzung sein werden. Die große amerikanische Lobbymaschine der Wirtschaft, der U.S. Business Round Table, spielt nach wie vor eine entscheidende Rolle bei der Beratung der US-amerikanischen Handelsdelegierten. Eine weitere Lobbyvereinigung, das 'Council of the Americas', wurde gegründet, um eine einflussreiche Rolle bei der Entwicklung der US-amerikanischen Position bei den FTAA-Verhandlungen zu spielen. In Kanada ist der 'Kanadische Rat der Generaldirektoren' die zentrale Lobbygruppe. In ihr sind die 150 größten transnationalen Konzerne des Landes vertreten. In Europa spielt der European Round Table of Industrialists, der sich aus den größten Konzernen mit Basis in Europa zusammen setzt, kontinuierlich eine wichtige Rolle bei der Festlegung der EU-Positionen in der WTO und bei der angestrebten Transatlantischen Ökonomischen Partnerschaft (Transatlantic Economic Partnership) zwischen der EU und den USA. Japan, ein weiterer Hauptakteur in der QUAD-Gruppe, hat seine eigene konzerngesteuerte Politikmaschine, das 'Keidanren'. – Darüber hinaus haben sich zahlreiche Koalitionen des 'big business' gebildet, die die Agenda und die Ergebnisse bestimmter Bereiche in der WTO beeinflussen sollen, wie zum Beispiel die 'U.S. Coalition of Service Industries' und das 'European Services Forum' im Bereich der GATS-Verhandlungen.

Gleichzeitig werden zivilgesellschaftliche Organisationen und die grossen Bürgerbewegungen systematisch vom Verhandlungsprozess ausgeschlossen, in der WTO wie in der FTAA. Bei jedem Ministertreffen der WTO wird Nichtregierungsorganisationen erlaubt, sich zu registrieren und ihre eigenen Diskussionsrunden zu veranstalten, aber sie werden umsichtig in gewissen Schranken gehalten, von den Regierungsdelegationen ausgeschlossen und damit vom eigentlichen Verhandlungsprozess. Die WTO bleibt konsequent bei der Prämisse, dass es die Sache der Regierungen sei, inwieweit sie mit zivilgesellschaftlichen Gruppen innerhalb ihres eigenen Landes zusammen arbeiten. Handelsbeauftragte der Regierung in den USA und Kanada halten zwar regelmäßig mit Nichtregierungsorganisationen Informationstreffen zu den Themen der WTO und der FTAA ab, doch das ist noch weit entfernt von einem formell etablierten Prozedere zur effektiven Mitsprache der Zivilgesellschaft, und ebenso weit entfernt von dem, was für den Wirtschaftssektor heute schon täglich praktiziert wird. Innerhalb der FTAA-Verhandlungen wurde, nachdem anfänglich gemachte Vorschläge zur Beratung mit Nichtregierungsorganisationen und Bürgerbewegungen abgelehnt worden waren, ein Komitee 'Zivilgesellschaft' mit Regierungsrepräsentanten gebildet, um die Ansichten der Zivilgesellschaft dem Verhandlungskomitee mitzuteilen. Doch dieses Komitee hat kein Mandat der zivilgesellschaftlichen Bewegungen, geschweige denn angemessene Mechanismen, um dem Verhandlungskomitee tatsächlich entsprechende alternative Vorschläge vorzulegen.

Wenn wir über Cancun und Miami hinausschauen, ist es wichtig, nicht aus den Augen zu verlieren, dass die Verhandlungsprozesse von beiden Abkommen auf abschließende Entscheidungen und deren Verabschiedung zu Jahresanfang 2005 hinaus laufen. Jetzt da Präsident Bush 'fast track' -Autorität in den USA hat, kann er diese Handelsabkommen durch den Kongress peitschen, ohne dass sie in ihre Einzelteile zerlegt und Stück für Stück abgestimmt werden könnten. Eine Abstimmung 'pro oder contra' für das ganze Regelpaket genügt. In anderen Ländern wird es ähnlich sein. Sowohl die WTO als auch die FTAA werden

als 'single undertaking' behandelt, das heißt, dass die einzelnen Länder das Verhandlungsergebnis nur als Ganzes akzeptieren oder ablehnen können, statt nur einzelne Teile zu unterzeichnen andere dagegen abzulehnen. Eine Entscheidung, die nur scheinbar frei ist. Und, wenn die Erfahrungen mit der NAFTA und der WTO sich wiederholen, werden die gewählten Mitglieder der Parlament nur wenig oder keine wirkliche Bedeutung haben bei diesen Entscheidungen.

Kaum erstaunlich, dass eine wachsende Zahl von Bürgerorganisationen, Gewerkschaften, Umweltgruppen und Bauernbewegungen inzwischen die Abschaffung der WTO und der FTAA fordern. Für viele dieser Gruppen ist die größte Gefahr, die von diesem 'zweiköpfigen Ungeheuer' ausgeht, der Angriff auf die Demokratie selbst. Unter diesen Freihandelsabkommen werden die 'Rechte' und 'Freiheiten' von Konzernen in höhere Sphären gehoben, während auf den Rechten und Freiheiten von Menschen herumgetrampelt wird. Diese Abkommen sind so angelegt, dass sie Konzernen und Investoren Sicherheit garantieren, nicht den Menschen und ihren Gemeinschaften. Zusammen würden die WTO und die FTAA, gemeinsam mit der Weltbank, dem IWF und multilateralen Entwicklungsbanken, die Grundpfeiler bilden in der neuen Architektur einer globalen wirtschaftlichen Regierungsform ('global economic governance'). Etwas vereinfacht wäre das eine Regierung von, durch und für transnationale Konzerne. Als solche droht sie zu einer Form der Tyrannei zu werden, die sich gegen die Menschen und ihre demokratischen Rechte wendet.

SCHLUSSFOLGERUNG

Für Aktivisten der soziale Bewegungen überall auf dem amerikanischen Kontinent entwickelt sich 2003 mit Sicherheit zu einem Jahr großer Anforderungen und Herausforderungen. Nicht zuletzt werden die beiden Schlüsselereignisse auf der Agenda für die globale ökonomische Ordnung in Amerika stattfinden – die 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation vom 10. bis 14. September in Cancun, Mexiko, und der 8. Gipfel der Amerikanischen Freihandelszone am 20. und 21. November in Miami, USA. Während der letzten Monate haben internationale Bündnisse von Bewegungen von Bauern, Arbeitern und anderen sozialen Bewegungen Kampagnenplanungen sowohl für Cancun als auch für Miami entwickelt.

Dabei wird die Planung für Cancun und Miami durch die aktuelle politische Situation verkompliziert. Zwar mag die Irak-Invasion vorbei sein und die Periode des Nachkriegsaufbaus hat begonnen. Aber es ist überhaupt nicht klar, ob das US-Militär sich aus dem Nahen Osten zurückziehen wird. Im Gegenteil, die US-Kriegsmaschine könnte gut dazu übergehen, andere sogenannte Schurkenstaaten auf Präsident Bushs Hitliste anzugreifen.

Für die Menschen auf dem amerikanischen Kontinent wird diese Zeit außerdem durch die wachsenden politischen Spannungen in Bezug auf die Integration mit dem USA verkompliziert. Die letzten Beispiele der Bush-Doktrin des US-Unilateralismus in globalen Angelegenheiten, verbunden mit dem Wiederaufleben des Amerikanischen Impirium durch die US-Militäraktion, wirft ernste Fragen auf in bezug darauf, was dies für die anderen Länder des amerikanischen Kontinents bedeutet. Zu diesen zwei Faktoren kommt eine weitere Komplikation hinzu, namentlich der Ruf nach einer 'gemeinsamen Sicherheitszone' ('common security perimeter') um Nordamerika herum, die von Washington durch die neue US-amerikanische Agentur für den Heimatschutz ('home security') gelenkt werden soll. Und weil 'Handel' zum Synonym für 'Sicherheit' wird, dürfen wir damit rechnen, dass die NAFTA wiederum als Instrument der Regelung von grenzüberschreitendem Austausch sowohl in Bezug auf die Bewegung von Personen, als auch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital, benutzt werden wird. Zusammengenommen werden diese Schritte ohne Zweifel die Kriminalisierung Andersdenkender beschleunigen, indem Menschen ins Visier genommen und angegriffen werden, die in den verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv sind, welche gegen das konzernorientierte Modell der Globalisierung offenen Widerstand leisten.

Bei der Entwicklung der Planung für Cancun und Miami müssen wir diese drei Dimensionen des politischen Augenblicks gut im Bewusstsein haben. Zur gleichen Zeit müssen wir uns fest auf das 'zweiköpfige Ungeheuer' aus WTO und FTAA konzentrieren. Die Verhandlungen, die an beiden Orten stattfinden, zeigen auch dadurch ihre Ähnlichkeit, dass sie eine gemeinsame Deadline haben: den 1. Januar 2005. Wie wir schon begründet haben, ist es von strategischer Bedeutung, eine Aufklärungsarbeit und Aktionsplanungen zu entwickeln, die die Verbindungslinie zwischen der WTO und der FTAA ziehen. Nicht zuletzt gibt es in Mexiko und im übrigen Lateinamerika eine größere öffentliche Aufmerksamkeit und Besorgnis im Hinblick auf die FTAA als auf die WTO. Umgekehrt scheint es in Kanada und den USA eine größere Aufmerksamkeit für die WTO und die NAFTA zu geben als für die FTAA. Bei organisatorischen

Vorbereitungen für Cancun und Miami müssen wir deshalb die Beziehungen zwischen WTO und FTAA als 'zweiköpfigem Ungeheuer' der globalen Ökonomie anschaulich herausarbeiten.

In etwa während der Zeit des letzten Jahres begann ein gemeinsamer internationaler Aktionsplan für Cancun und Mexiko zu entstehen. Gewöhnlich wird er als Havanna-Aktionsplan bezeichnet (weil er bei einem Treffen sozialer Bewegungen entstand, das im November 2002 in Havanna stattfand). Die Strategie fordert eine konzertierte Aktion von Organisationen der Zivilgesellschaft und populären sozialen Bewegungen gegen die WTO und die FTAA. Der Plan unterstreicht die Bedeutung von Kampagnen, die Verbindungen zwischen spezifischen handelspolitischen Punkten und anderen wichtigen Entwicklungsangelegenheiten wie Verschuldung und Militarisierung herstellen, außerdem die genaue Erkenntnis von Schlüsselzielen der großen Konzerne. In den Vorbereitungen für Cancun, wurde die Zeit vom 8.-14. September als eine gemeinsame Aktionswoche bestimmt, mit dem 9. September als einem internationalen Aktionstag. Zugleich wurde die Zeit vom 17.-21. November als Aktionswoche für Miami gewählt. Für beide Ereignisse wurde eine zweigleisige Strategie ausgewiesen: ein 'inside'-Gleis für die Gruppen, die in den politischen Auseinandersetzungen um die WTO in Cancun und um die FTAA in Miami beteiligt sind; und ein 'outside'-Gleis, für die Gruppen, die für den breiten Widerstand zu bestimmten Themen in der Bevölkerung mobilisieren.

Die inneren politischen Auseinandersetzungen rund um die WTO- und FTAA-Verhandlungen werden sich in Einigem unterscheiden zwischen Miami und Cancun. Durch die Art der Verhandlungen an beiden Schauplätzen jedoch, gibt es eine Reihe gemeinsamer heißer Themen, um die wahrscheinlich gestritten werden wird. Diese kitzligen Punkte schließen die Agrarverhandlung und die Verhandlungen über Dienstleistungen und Investitionen ein, die sowohl in der WTO als auch in der FTAA geführt werden, außerdem andere Konflikte wie TRIPS versus Öffentliche Gesundheit und nationale Alleingänge bei Zöllen auf Industrieprodukte wie z.B. Stahl oder Weichhölzer, die den neoliberalen Versprechungen vollen Marktzugangs einen Dämpfer versetzen. Jedenfalls könnten in den Verhandlungen ernste Spannungen an diesen oder mit diesen verbundenen Punkten entstehen, und dadurch könnte dem 'zweiköpfigen Ungeheuer' ein Stoß versetzt werden. Unter der Voraussetzung, dass diese Verhandlungen jetzt in ein kritisches Stadium kommen, und unter der weiteren Voraussetzung des strategischen Zusammenhangs zwischen den Verhandlungen an beiden Orten, müssen diese politischen Auseinandersetzungen von Organisationen der Zivilgesellschaft genauestens beobachtet werden.

Zur gleichen Zeit werden in der Hinführung zu Cancun und Miami zahlreiche Formen des breiten Widerstands gegen WTO und FTAA organisiert, darunter Karawanen, Rallies, Märsche und Demonstrationen. Da das 'zweiköpfige Ungeheuer' einen Anschlag auf die demokratischen Grundrechte der Menschen verübt, muss ein großer Teil des Widerstands auf diese Rechte fokussiert werden: Rechte der Bauern, Rechte auf Nahrung, Arbeiterrechte, Rechte der Ureinwohner, Recht auf Bildung und Gesundheit, Sozialrechte, Wasser, Umwelt- und Energierrechte oder auch kulturelle, Menschen- und genetische Rechte.

Für viele Teile Amerikas finden die Hauptkämpfe, die für diese grundlegenden demokratischen Rechte gekämpft werden, in den Massenbewegungen der Bauern und Arbeiter statt, unterstützt von Gruppen der Zivilgesellschaft. In der einen oder anderen Weise hängen alle

diese Formen des Widerstands mit den Hauptverhandlungspunkten in der WTO und der FTAA zusammen. Zur gleichen Zeit wird die Kampagne für den Weg nach Cancun und Miami die Schuldenlasten thematisieren, die die meisten Ökonomien Lateinamerikas unterminieren, und ebenso die Rolle, die die transnationalen Konzerne bei der Verursachung von menschlichem Leid spielen.

Das Herzstück dieser Kampagnen für Cancun and Miami ist die Herausbildung von Widerstand und von Alternativen zu WTO und FTAA an der Basis. Schließlich ist der reale Einfluss dieser globalen Handelsregime am direktesten in unseren lokalen Gemeinden fühlbar. Was immer die Brennpunkte sein mögen, die die Lebensbedingungen in unseren Städten, Gemeinden und Dörfern beeinflussen – Arbeitslosigkeit, Hunger, Armut, Landreform, Gesundheitswesen, reines Wasser, öffentliches Bildungswesen, erschwingliche Elektrizität, sichere Nahrung, traditionelle Lebensweisen, Sozialhilfe, internationale Entwicklung: all das wird von den Regeln der WTO und der FTAA direkt beeinflusst werden. Bei der Aufklärungsarbeit über diese Punkte an der Basis ist es entscheidend, dass Schritte unternommen werden, um aufzuzeigen, wie die Regeln von WTO und FTAA bestimmen können, was Regierungen in diesen lebenswichtigen Fragen in Zukunft tun oder nicht tun können. Zur gleichen Zeit können wir uns mit unseren Verbündeten überall in Nord- und Südamerika vereinen, indem wir unseren Widerstand gegen die Handelsregime und ihre Hintermänner in den großen Konzernen demonstrieren. Dies können wir tun, indem wir auf die Gemeinsamkeit orientierte Demonstrationen und Blockadeaktionen in unseren eigenen Städten während der Aktionswochen im September und November organisieren.

Jedoch: Impulse für Cancun und Miami zu entwickeln, muss als Anfang und nicht als Ende gesehen werden. Der Weg nach den Herbstereignissen 2003 führt ins Jahr 2005, das eine schwierige Periode harter Verhandlungen darstellen wird. Das wird die Periode sein, wo es für das Ausbremsen der FTAA-Verhandlungen und die Einschränkung der WTO um Alles oder Nichts gehen wird. Mehr noch: es könnte sich um eine gewinnbare Kampagne handeln. Wie unser Bericht zu zeigen versucht, sind diese Verhandlungen von tiefen internen Konflikten heimgesucht, die große Schwierigkeiten für die Expansion der FTAA und der WTO mit sich bringen. So wie die Kampagne gegen das Multilaterale Investitionsschutzabkommen MAI sind die Zutaten für einen möglichen Sieg vorhanden, wenn wir kreative und effektive Formen des Widerstands entwickeln. Davon, ob wir mit dieser Herausforderung fertig werden, hängt es in hohem Maße ab, ob wir in der Lage sind, die nötigen Brückenköpfe des Widerstands in unseren örtlichen Gemeinschaften zu bilden. Deshalb müssen wir zusammenarbeiten, all die verschiedenen Gemeinden und Gemeinschaften überall auf dem amerikanischen Kontinent und weltweit, um gegen das 'zweiköpfige Ungeheuer' einen solchen Widerstand zu entwickeln, der nach Cancun und Miami aufrechterhalten werden kann.

Letztlich ist dies ein Moment, in dem wir, die Menschen des amerikanischen Kontinents, unsere Beziehungen zueinander neu definieren können. Für alle, die sich für den Aufbau gerechter, nachhaltiger und demokratischer Gesellschaften engagieren, ist die Zeit gekommen, sich die Hände zu reichen in einem gemeinsamen Kampf für eine neue Partnerschaft im Handel, die dazu bestimmt ist, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen für alle Menschen zu verbessern. Im Geist des Weltsozialforums, das in den letzten drei Jahren in Porto Alegre, Brasilien, organisiert wurde, halten wir fest an dem Satz: 'Eine andere Welt ist möglich'. Lasst uns den Weg nach Cancun und Miami nutzen, um damit zu beginnen, diese Verbindungen zu schaffen und eine bessere Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder zu erbauen.

DIE VERBINDUNGEN SCHAFFEN ('MAKING THE LINKS'): QUELLEN UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

A Peoples' Guide to the World Trade Organization and the Free Trade Area of the Americas
Navigating NAFTA: A Concise User's Guide to the North American Free Trade Agreement,
Barry Appleton, Carswell, Toronto, Canada, 1994
The Multilateral Agreement on Investment and the Threat to Canadian Sovereignty, Tony Clarke and Maude Barlow, Stoddart, Toronto, Canada, 1997

Whose Trade Organization? Corporate Globalization and the Erosion of Democracy, Lori Wallach and Michelle Sforza, Public Citizen, Washington, USA, 1999

GATS: How the World Trade Organization's New Services' Negotiations Threaten Democracy, Scott Sinclair, Canadian Centre for Policy Alternatives, Ottawa, Canada, 2000

The World Trade Organization: A Citizen's Guide, Steven Shrybman, Canadian Centre for Policy Alternatives, Ottawa, Canada, 1999

Invisible Government, The World Trade Organization: Global Government for the New Millennium?, Debi Barker and Jerry Mander, International Forum on Globalization, San Francisco, USA, 2000

The Multilateral Trading System: A Development Perspective, Third World Network, United Nations Development Program, 2001

GATS: A Disservice to the Poor, World Development Movement, London, England, 2002

The WTO, the Post-Doha Agenda and the Future of the Trade System: A Development Perspective, Martin Khor, Third World Network, Penang, Malaysia, 2002

Water and the Current Round of WTO Negotiations on Services, Ellen Gould, Canadian Centre for Policy Alternatives Briefing Paper Series, Ottawa, Canada, 2003

Inside the Fortress: What's Going on at the FTAA Negotiations, Marc Lee, Canadian Centre for Policy Alternatives, Ottawa, Canada, 2001

Power Politics in the WTO, Aileen Kwa, Focus on the Global South, Bangkok, Thailand, 2002
Stolen Harvest: The Hijacking of the Global Food Supply, Vandana Shiva, South End Press, Cambridge, USA, 2000

Another Integration Is Possible: Sovereignty Yes, FTAA No, Sarah Anderson, Institute for Policy Studies, Washington, DC, and Marcos Arruda, Institute Policy Alternatives for the Southern Cone of Latin America, Rio de Janeiro, Brazil, June 2002

Statement by the Hemispheric Social Alliance on the Declaration by Trade Ministers Meeting in Quito on the FTAA Negotiations, The Hemispheric Social Alliance, November 2002

From Deep Integration to Reclaiming Sovereignty: Managing Canada-U.S. Economic Relations Under NAFTA, Bruce Campbell, Canadian Centre for Policy Alternatives, Ottawa, Canada, May 2003

Crossroads at Cancun: What Direction for Development?, Canadian Council for International Co-operation, Ottawa, Canada, May 2003

NAFTA at Nine, John W. Foster and John Dillon, North-South Institute/ KAIROS, Ottawa, Canada, 2003

ORGANISATIONEN UND BEWEGUNGEN

Social Alliance, www.asc-hsa.org

Friends of the Earth International, www.foei.org

Jobs With Justice, www.jwj.org

Third World Network, www.twinside.org.sg

Focus on the Global South, www.focusweb.org

Citizens Trade Campaign, www.citizenstrade.org/ftaa

Hemispheric Campaign Against the FTAA, www.movimientos.org/noalca

Stop FTAA, www.stopftaa.org

World Development Movement, www.wdm.org.uk

The Council of Canadians, www.canadians.org

QUELLEN IM WEB:

Polaris Institute, www.polarisinstitute.org

Public Citizen, www.citizen.org

Global Exchange, www.globalexchange.org

Our World Is Not For Sale Network, www.ourworldisnotforsale.org

Global Issues, www.globalissues.org

Global Information Center on Trade and Sustainable Development, www.wtowatch.org

Common Frontiers, www.web.net/comfront

Canadian Centre for Policy Alternatives, www.policyalternatives.ca

ÜBER DIE AUTOREN

Maude Barlow ist die nationale Vorstandsvorsitzende des Council of Canadians und vielgelesene Autorin von 14 Büchern. Sie ist Vorstandsmitglied des International Forum on Globalization und Mitbegründerin des 'Blue Planet Project', einer globalen Bürgerbewegung zum Schutz des Wassers.

Tony Clarke ist Direktor des Polaris Instituts von Kanada, und führt den Vorsitz im Komitee des International Forum on Globalization, das sich mit dem Einfluss der Konzerne auseinandersetzt. Er ist Autor verschiedener Bücher, darunter 'Silent Coup: Confronting the Big Business Takeover of Canada' ('Der heimliche Staatsstreich: der Übernahme Kanadas durch das Big Business die Stirn bieten').

Barlow und Clarke haben miteinander drei Bücher über das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) geschrieben und waren die kanadischen Anführer im erfolgreichen Kampf zur Verhinderung dieses Abkommens.

NOTES